Abgabe kostenlos

Amtliches Mitteilungsblatt

des Stadt- und Landkreises Bielefeld

Verlautbarungen aller militärischen und zivilen Stellen

Nr. 54 | Bielefeld, 27. Juli 1946 | Erscheint sonnabends

Verschärfung der Wohnraumfrage

Die Stadtvertretung zur Ernährungslage — Die Frage der Preisfestsetzung und Preiskontrolle — Heimatbücherei und Kunsthaus

Bielefeld, 24. Juli 1946.

Oberbürgermeister Ladebeck eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß die Verlesung des Protokolls in der geschlossenen Sitzung erfolgen wird.

Ratsherr Buddeberg meldete sich zu Wort, um zur Tagesordnung folgendes zu sagen: „Ich hatte mit Schreiben vom 15. Juni darum gebeten, auf die Tagesordnung der geheimen Sitzung den Vertragsabschluß Stadt Bielefeld — Firma Mielke KG. zu setzen. Das ist nicht geschehen. Ich möchte hiermit den Antrag stellen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der geheimen Sitzung nachträglich zu setzen."

Oberbürgermeister Ladebeck: Diese Angelegenheit ist vom Hauptausschuß an den Rechtsausschuß überwiesen worden.

Die Beschlagnahme von Wohnungen

Ratsherr Jagenburg hatte zur Tagesordnung folgende Anfrage: „Es besteht zur Zeit wegen Beschlagnahme von Wohnraum in der Bielefelder Bevölkerung wieder Unruhe. Unter anderem sollen jetzt beschlagnahmt worden sein oder beschlagnahmt werden die Häuser Herforder Straße 8, 8a und 10. Ich möchte bitten, hierüber Auskunft zu geben."

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Militärregierung hatte im Siekerfeld und im Calvinenfeld eine Reihe von Wohnungen für militärische Zwecke beschlagnahmt. Es handelte sich dabei um rund 120 Wohnräume. Die Beschlagnahme ist im Frühjahr 1945 erfolgt. Die damalige Leitung der Stadt hatte auf den Umstand hingewiesen, daß in diesen Häusern durchweg Gegner des Nationalsozialismus gewohnt hatten, da es Häuser der Freien Scholle waren. Der Town Major hat der Stadt mitgeteilt, daß er hoffe, diese Häuser noch im Herbst des vergangenen Jahres freigeben zu können, damit die Einwohner in ihre Wohnungen wieder einziehen könnten. Jetzt, nachdem die Häuser freigegeben worden sind, erfolgte eine Beschlagnahme dieser Häuser zur Unterbringung der Generalstraßenverkehrs-Direktion, die zur Zeit im Johannistal untergebracht ist. Sie muß die Häuser räumen und ist in die ca. 120 Wohnräume im Siekerfeld und Calvinenfeld eingewiesen worden. Die Bewohner dieser Wohnungen waren mit einer schriftlichen Eingabe vorstellig geworden, ihre Häuser nun wieder in Besitz nehmen zu dürfen, nachdem sie rund ein Jahr und länger dort nicht gewohnt hatten. Ich persönlich konnte mich diesem Standpunkt nicht verschließen. In einer Sitzung, an der das Wohnungsamt und die General-Straßendirektion teilnahmen, wurde uns gesagt, daß auch die Straßenverkehrsdirektion auf dem Standpunkt stand, daß diese Wohnräume für ihre Zwecke nur schwerlich zu verwenden seien. Auf Grund der vorliegenden Tatsache waren wir verpflichtet, andere Vorschläge zu machen. Es konnten hier aber

nur zwei Möglichkeiten

aufgewiesen werden, die eine war das Gebäude Theesener Straße 11 (früher NSV.). Dieses Gebäude wurde als nicht geeignet bezeichnet, und es blieben nur die Häuser Herforder Straße 8—10, 2 Wohnhäuser und 1 Fabrikgebäude, übrig. Die englische Dienststelle hat diesem Vorschlage zugestimmt, der auch bitter ist, denn es werden auch dort Einwohner ihre Wohnungen dadurch verlieren, wenn auch in geringerem Umfange als bei dem früheren Zustand. Ob endgültig aus dieser Absicht etwas werden wird, ist im Augenblick noch nicht bekannt, da die zuständige englische Dienststelle uns einen schriftlichen Beschlagnahmebescheid bis heute nicht überreicht hat und infolgedessen eine Räumung noch nicht durchgeführt zu werden brauchte. Der Hauptausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt und war einmütig der Meinung, daß angesichts der nur bestehenden zwei Möglichkeiten die hier vorliegende mit geringeren Schwierigkeiten verbunden war, und hat ihr zugestimmt.

Ratsherr Will: Dieselbe Unruhe wie in der Herforder Straße besteht auch

in der Humboldtstraße.

In wenigen Tagen mußten etwa 10—12 Familien die Wohnungen räumen, weil diese beschlagnahmt wurden. Den Bewohnern wurde auf dem Wohnungsamt erklärt, daß für sie keine Wohnungen zu haben seien bzw. nachgewiesen werden können. Ein derartiger Umstand bringt natürlich eine gewisse Unruhe in die Bevölkerung, und ich möchte hier anfragen, was die Stadt in dieser Sache getan hat.

Oberbürgermeister Ladebeck: Es ist nicht nur die Humboldtstraße. Es ist eine erhebliche Beunruhigung in der Bevölkerung, weil eine Anzahl von Häusern vorgesehen ist zur

Unterbringung von englischen Familien,

die beim Uebergang von der Militär- zur Zivilverwaltung nach Bielefeld kommen. Wieviele Familien kommen, weiß noch niemand, selbst die englische Dienststelle nicht, da ein großer Teil der englischen diensttuenden Beamten auf dem Standpunkt steht, der auch in der englischen Presse vertreten worden ist, daß es im englischen wie im deutschen Interesse nicht ratsam und auch nicht erwünscht ist, eine zu große Zahl von Familien nach Deutschland kommen zu lassen. Auf der anderen Seite muß man auch den Standpunkt der englischen Beamten und Offiziere verstehen, daß sie nicht immer von ihren Familien getrennt leben können. Wir stehen also vor der Aufgabe, Räume zur Verfügung stellen zu müssen. Das ist eine selbstverständliche Pflicht. Wir haben

auf die Auswahl der Häuser keinen Einfluß

und wissen nicht, wieviele von den Häusern in Anspruch genommen werden. Der Fall Humboldtstraße ist mir bekannt. Auch hier waren zwei Möglichkeiten. Die Humboldtstraße war zunächst vorgesehen, und nachdem dort Schwierigkeiten entstanden, wurde ein zweites Haus vorgeschlagen. In einem Hause wohnten 29 und im andern 30 Personen. Ich habe keine Veranlassung gesehen, das zweite Haus beschlagnahmen zu lassen, denn die Besetzung war die gleiche. Im zweiten Haus waren sogar drei Kranke, ein Schwerkranker und zwei kranke Kinder.

Das ist die Gesamtlage. Aus den einzelnen Fällen kann ich Ihnen nicht jede Einzelheit aufzählen. Es ist eine ungeheure Schwierigkeit, und leider erwartet man von mir Wunder in diesen Dingen, die ich auch nicht vollbringen kann. Es gibt für mich keine Möglichkeit, auf diese Dinge Einfluß zu nehmen.

Ratsherr Böhm: Die Frage der Wohnraumbeschlagnahme zu Bürozwecken nimmt in Bielefeld Formen an, gegen die wir uns wehren müssen. Es ist weniger deshalb, daß wir diesen Dienststellen Wohnraum verweigern wollen, sondern ich bin der Meinung, daß wir diesen

Wohnraum unter allen Umständen für die Bevölkerung erhalten

müssen. Zunächst möchte ich die Frage an den Herrn Oberbürgermeister richten, welche Begründung die Generalstraßendirektion gegeben hat, warum das Haus in der Theesener Straße nicht geeignet ist. Mir scheint, daß es ihr nur darauf ankommt, schöne, gute und geräumige Büroräume zur Verfügung zu bekommen. Man muß von seiten der Stadtverwaltung auch diesen Dienststellen sagen, daß wir arm geworden sind. Ich bin der Meinung, daß man in Notbüros auch seine Pflicht tun kann. Wir müssen unter allen Umständen versuchen, diesen Wohnraum für die Bevölkerung zu erhalten. Da hat die Stadtverwaltung die Verpflichtung, alles zu tun, auch der Mil.-Regierung gegenüber.

Ratsherr Will: Es handelt sich nicht allein darum, daß diese Wohnräume beschlagnahmt werden. Wenn den Leuten, die aus diesen Wohnungen herausgesetzt werden, gesagt wird „Seht zu, wie Ihr unterkommt, wir haben keine Wohnungen", dann ist das ein Uebel, dem abgeholfen werden muß.

Oberbürgermeister Ladebeck: Zu Frage 1 von Herrn Böhm: Die General-Straßenverkehrsdirektion hat das Gebäude Theesener Straße 11 deswegen abgelehnt, weil nur 3 Räume darin vorhanden sind und das übrige eine große Lagerfläche war. Ein Einbau von Büroräumen war bis zu dem Termin — am 28. muß das Johannistal geräumt werden — unmöglich. Zu Frage 2 von Herrn Will: Das Wohnungsamt kann nur Wohnungen zuweisen, wenn es Wohnungen hat. Es hat hier und da noch einzelne Räume zur Verfügung, aber keine Wohnungen. Es ist infolgedessen gezwungen, den Familien, die irgendwo räumen müssen, den Rat zu erteilen, zu versuchen, bei Verwandten oder Bekannten unterzukommen. Sonst muß das Wohnungsamt Notzuweisungen vornehmen.

Wohnungen auf Vorrat haben wir nicht.

Es ist soweit, daß wir nicht einmal in der Lage sind, die gesamten Flüchtlinge des letzten Flüchtlingszuges restlos unterzubringen. Von dem Zuge sind etwa 300 Flüchtlinge noch in Massenlagern untergebracht. Ich betone das sehr ernst.

Frau Dr. Steinbiß: Ich möchte fragen, ob nicht das Museum an der Wertherstraße dafür gebraucht werden kann. Zur Beschlagnahme des Hauses in der Theesener Straße möchte ich noch sagen: Wenn da eine große Fläche ist, müßte es möglich sein, in ein paar Tagen Holzwände durchzuziehen.

Ratsherr Lemmer schlägt vor, diesen Punkt mit dem Punkt 3 zu verbinden.

Oberbürgermeister Ladebeck: So einfach ist die Aufteilung einer großen Fläche nicht, es müssen Türen, Fenster usw. angefertigt werden. In so kurzer Zeit geht das nicht. Herr Pfarrer Lemmer hat den Antrag gestellt, die Debatte mit dem Punkt 3 zu verbinden. Ich lasse über diesen Punkt abstimmen.

Der Antrag Lemmer wurde einstimmig angenommen.

Eine Anordnung der Kontrollkommision

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich habe Ihnen weiter folgende Anordnung der Kontroll-Kommission bekanntzugeben über die

Uebertragung der Verantwortung an Ortsbehörden:

I. Folgende Punkte sind den Volksvertretungen zur Kenntnis zu bringen: a) Die Politik der Militärregierung bleibt bestehen, daß eine Aufgabe von der niedrigsten Verwaltungsinstanz zu lösen ist, die sie wirksam bearbeiten kann. b) Die kritischen Gesichtspunkte, die bei jeder Aufgabe und bei jeder Volksvertretung anzuwenden sind, sind allgemein betrachtet folgende: 1. Handelt es sich um eine Aufgabe, die von den Einwohnern von X zu lösen ist und um eine Annehmlichkeit usw., die sie brauchen? 2. Handelt es sich um eine Aufgabe, die sie am besten allein lösen? 3. Können oder müssen sie es sich leisten? Im letzten Falle: ist ein Zuschuß notwendig? (Die Gewährung eines Zuschusses macht natürlich eine gewisse Kontrolle von oben notwendig.) 4. Handelt es sich um eine Aufgabe, die bei einer höheren Instanz als der betreffenden Volksvertretung gleichmäßige Regelung erfordert? 5. Handelt es sich um eine Aufgabe (wie Erziehung und Gesundheit), die die Einwohner nicht ganz selbst bezahlen können? Ist gleichmäßige Regelung in einer höheren Instanz wünschenswert oder notwendig? c) Zwischen

finanzieller Verantwortung und Kontrolle

muß ein Unterschied gemacht werden. Ein Kreis oder eine Gemeinde könnte z. B. für ein Krankenhaus zu bezahlen haben, mit dessen betrieblicher Kontrolle sie nichts zu tun haben. Der Grad der finanziellen Verantwortung wird natürlich verschieden sein. Ein Kreis oder eine Gemeinde sollte sich im allgemeinen für verpflichtet halten, jeden Dienst oder Einrichtung voll zu bezahlen, die dem begrenzten örtlichen Bedürfnis entspricht oder dem begrenzten örtlichen Zweck dient. d) Die Kontrolle selbst kann dreifacher Art sein: 1. Auf dem Gebiete der Politik (Planung) — sie bestimmt den Gesamtplan der Aufgabe, 2. auf dem Gebiete der vollziehenden Gewalt — sie führt den Plan der Aufgabe aus, 3. auf dem Gebiete der reinen Verwaltung — sie stellt die Einrichtungen und das Personal für die Lösung der Aufgabe zur Verfügung. Bei Erwägung von Fragen des Aufgabengebietes müssen die Volksvertretungen diesen Unterschied im Auge behalten.

II. Insbesondere sollte sich die Volksvertretung nicht eng an

alte deutsche Auffassungen,

wie an den Unterschied zwischen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung, gebunden fühlen. Jede Aufgabe sollte auf Grund ihres eigenen Wertes erwogen werden. Die Militärregierung ist bereit, jedem Vorschlag gesetzliche Bestätigung zu geben, der in sich selbst vernünftig ist und nicht im Widerspruch steht mit der Politik der Militärregierung oder mit den Interessen anderer Gemeinden.

III. Es ist noch hinzuzufügen, daß die Tatsache, daß eine Volksvertretung keine Kontrolle über eine gewisse Aufgabe hat, ihr Recht nicht beeinträchtigt, entweder die betreffenden zuständigen Behörden zu befragen, zu kritisieren und zu beraten oder durch die geeigneten Stellen Vorstellungen im Interesse von Entwicklungen zu erheben, die im Hinblick auf örtliche Verhältnisse, Erfordernisse oder finanzielle Fähigkeit wünschenswert sein können. —"

Wir werden uns im Anschluß an diese Festlegung bei der Ausarbeitung der Verfassung wesentlich die einzelnen Aufgaben ansehen müssen, die die Stadt an sich übernehmen soll. In einer Reihe von Kreisverwaltungen und Stadtverwaltungen, besonders des Bezirkes Arnsberg, sind die Verwaltungen aufgefordert worden, die einzelnen Aufgaben der Gemeinden, die sie übernehmen wollen, festzulegen und der Militärregierung vorzuschlagen. Die Gemeinden, Städte und Kreise sind dabei etwa den Weg gegangen, wie wir ihn für richtig gehalten haben, ihren Aufgabenbereich so zu erweitern, daß sie alles, was ihre Angelegenheit ist, auch in ihren Aufgabenbereich übernehmen unter teilweiser Herauslösung aus der staatlichen Verwaltung. Der Hauptausschuß und der Verwaltungsausschuß werden sich mit den Fragen weiter befassen müssen. —

Dann eine weitere Mitteilung. Sie wissen, daß die Stadt vor der Aufgabe steht,

erhebliche Bestände an Holz einzuschlagen

und zwar im Lipper Land. Ich richte von dieser Stelle aus die Bitte an die Bielefelder Bevölkerung, sich weitgehendst bei dem Einsatz für die Arbeit des Holzschlagens zur Verfügung zu stellen. Wir werden die dort Beschäftigten gern gut entlohnen, wir werden unser Möglichstes tun, sie gut zu verpflegen und wir werden ihnen zusätzlich auch Kleidung in dem Rahmen geben, der uns möglich ist. Wir wissen, daß es eine schwere Aufgabe ist, sich hier von der Familie zu trennen und evtl. Wochen oder Monate im Holzeinschlag im Lipper Land zu stehen.

Es ist weiter dringend erforderlich, daß

die Stauteiche bei uns ausgeräumt

werden. Seinerzeit lag bei uns ein Antrag vor, daß Bürger der Stadt Bielefeld die Ausschlämmung vornehmen wollten. Das führte zu keinem Ergebnis. Inzwischen sind die Dinge so geworden, daß die Verunreinigung der Abflußwässer zu Schwierigkeiten führt. Wir sind gezwungen, auch diese Frage schnellstens zu erledigen. Vom Arbeitsamt werden wir schwerlich diese Kräfte bekommen können, die Arbeitslage ist uns geschildert worden. Ich möchte von Ihnen hier Ihre Zustimmung haben, daß wir jede Möglichkeit, Arbeitskräfte aus der Stadt herauszunehmen für diese Aufgaben, ausnutzen, ehe die Stadt vor ganz große Gefahren kommt, schadenersatzpflichtig zu werden. Wir werden nicht anders durchkommen, alle Bürger der Stadt Bielefeld in Form der Dienstpflicht einzusetzen.

Ratsherr Jostes: Ich möchte hierbei auf die Frage des Holzeinschlages eingehen und darauf hinweisen, daß es nicht genügt, wenn man von hier aus einen Appell an die Bevölkerung richtet. Es muß darauf ankommen, Wege zu suchen, um

die Kräfte freizustellen.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß dafür wohl eine Möglichkeit besteht, weil die Gewerkschaften in Bielefeld sich ihrerseits über diese Fragen ausgesprochen haben, weil sie der Meinung sind, daß, wenn nicht von ihnen aus etwas unternommen wird, die ganze Aktion in Frage gestellt ist. Dasselbe gilt für Schlammkohlen-Beschaffung. Für beide Aktionen hat sich die Gewerkschaft bereitgestellt, um zu erreichen, daß wir auch genügend Arbeitskräfte bekommen. Dabei will ich sagen, daß es darauf ankommen muß, daß auch in der Stadtverwaltung entsprechende Leute sind, mit denen man über die einzelnen Fragen verhandeln kann. Wir müssen erreichen, daß für diese Leute zusätzliche Ernährung gegeben wird und insbesondere für einen entstehenden Verdienstausfall Ausgleich geschaffen wird. Wir müssen erreichen, daß Schuhzeug geschaffen wird, daß Unterkunft gestellt wird usw. Ich würde empfehlen, einen Beamten zu beauftragen, ausschließlich diese Fragen in Angriff zu nehmen, der die Autorität hat, sich in diesen Dingen durchzusetzen.

Ich möchte an den Herrn Oberbürgermeister die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß auch stadtseitig alle Voraussetzungen geschaffen werden, daß, wenn die Arbeitskräfte von uns aus eingesetzt werden, die Aktion auch starten kann.

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Stadt hat bereits einen Beamten eingesetzt und wir hoffen, daß wir die Dinge zufriedenstellend lösen. Was geschehen kann, geschieht.

Ratsherr Wirth: Der Herr Oberbürgermeister hat uns den Vorschlag gemacht, eines unserer wichtigsten Rechte aus der Hand zu geben, wenn er sagt, die Stadtverwaltung wolle jedes Mittel anwenden, um Arbeitskräfte zu beschaffen, so führt das zu weit. Es ist eine einfache Sache, einen neuen Ausschuß, vielleicht aus drei Ratsherren und einer Ratsdame bestehend, zu bilden, der die Angelegenheit überprüft und festlegt, aber nicht die Verwaltung beauftragt wird.

Oberbürgermeister Ladebeck: Der Ausschuß ist bereits da. Der Holzeinschlag ist längst beschlossen und in der Organisation begriffen. Es handelt sich darum, daß ich mich von dieser Stelle aus verpflichtet hielt, auf die Angelegenheit hinzuweisen. So sehr die Bereitschaft der Gewerkschaften anerkannt wird, befreit sie nicht die übrige Bevölkerung, auch ihre Pflicht zu tun, daher mein

Aufruf an die Gesamtbevölkerung.

Es kann nicht nur heißen: „Arbeiter, setzt Euch ein!" sondern auch die übrige Bevölkerung muß freiwillig mithelfen. Ich habe nichts dagegen, wenn ein Ausschuß eingesetzt wird, ich glaube aber, damit kommen Sie nicht sehr viel weiter, wir werden hier nur weiterkommen, wenn wir von einer Ermächtigung Gebrauch machen können, die wir nicht selbst bekommen, sondern uns geben lassen müssen. Ich denke daran, daß man irgendeinen Jahrgang junger Menschen nimmt und diese 14tägig einsetzt, anders ist die Arbeit nicht zu schaffen. Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind, daß von seiten der Verwaltung alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden.

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme.

Der Fett- und Fleischgehalt in Essenproben

Nun eine weitere Mitteilung: Die Verwaltung hat veranlaßt, daß in einer Reihe von Gaststätten Untersuchungen angestellt wurden über

den Gehalt der Speisen,

die als Mittagsmahlzeit abgegeben wurden, in bezug auf Fett und Fleisch. Ich lese Ihnen die Zahlen vor, die sich ergeben haben:

1. Lokal, 1. Probe: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt: kein Fett. 2. Probe: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt: 1 Gramm Fett. 3. Probe: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt: 1 Gramm Fett. 4. Probe: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt: 2,6 Gramm Fett; 50 Gramm Fleischmarken, festgestellt: 20 Gramm Fleisch. 5. Probe: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt: 6 Gramm Fett; 100 Gramm Fleischmarken, festgestellt: 63 Gramm Fleisch. 6. Probe: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt: 6 Gramm Fett; 100 Gramm Fleischmarken, festgestellt: 65,5 Gramm Fleisch. Diese Proben erstrecken sich auf die Zeit vom 26. 10. 45 bis zum 13. 2. 46

Das gleiche Lokal wurde revidiert am 21. 6. und dabei festgestellt: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt 2 Gramm Fett; 50 Gramm Fleischmarken, festgestellt 18,5 Gramm Fleisch; letzte Ueberprüfung am 20. 7. 46: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt 2 Gramm Fett; 60 Gramm Fleischmarken, festgestellt 22 Gramm Fleisch.

Nun zum Vergleich einige andere Ergebnisse: In einem Lokal, das einer einmaligen Prüfung unterzogen wurde: 10 Gramm Fettmarken, festgestellt kein Fett; 50 Gramm Fleischmarken, festgestellt 25 Gramm Fleisch.

Ein weiteres Lokal: 5 Gramm Fett, festgestellt 1,25 Gramm Fett.

Ergebnis der Volksküchenprüfung:

5 Gramm Fettmarken, 3,5 Gramm Fett und 2. Probe: 5 Gramm Fettmarken, 3,2 Gramm Fett; ein weiteres Lokal: 10 Gramm Fettmarken, 6 Gramm Fett; ein weiteres Lokal: 5 Gramm Fettmarken, 4 Gramm Fett; ein weiteres Lokal: 10 Gramm Fettmarken, 2 Gramm Fett; das gleiche Lokal am 19. 7. 46: 5 Gramm Fettmarken, 2,2 Gramm Fett, gleichzeitig wurde festgestellt, daß in dem Gericht nur etwa die Hälfte der zu fordernden Nudelmenge vorhanden war.

Ein weiteres Lokal: 5 Gramm Fettmarken, 3,3 Gramm Fett; ein anderes Lokal: 5 Gramm Fettmarken, 2,5 Gramm Fett und aus den Ergebnissen der letzten Tage: 5 Gramm Fettmarken, 3 Gramm Fett; 30 Gramm Fleischmarken, 30 Gramm Fleisch; ein anderes Lokal: 5 Gramm Fettmarken, 1,7 Gramm Fett; 10 Gramm Fettmarken, 9,4 Gramm Fett; 60 Gramm Fleischmarken, 38,5 Gramm Fleisch; 5 Gramm Fettmarken, 3,5 Gramm Fett; 5 Gramm Fettmarken, 4,5 Gramm Fett; 30 Gramm Fleischmarken, 30 Gramm Fleisch.

An die Gas- und Stromabnehmer

des Versorgungsgebietes der Stadtwerke Bielefeld.

Die von uns im Oktober 1945 bekanntgegebenen Bestimmungen über die Gas- und Strom-Rationierung, insbesondere auch unsere Erläuterungen vom 27. November 1945, sind ungültig.

Dafür ist am 1. Juni 1946 die veröffentlichte Anordnung Nr. 1 der Militär-Regierung über die Rationierung von Gas und Elektrizität in Kraft getreten und hat von diesem Tage an alle früheren von oder namens der Militär-Regierung erlassenen Bestimmungen über die Rationierung von Gas und Elektrizität aufgehoben.

Auskünfte über den zulässigen Verbrauch von Gas und Strom können bei den Stadtwerken eingeholt werden.

Im Auftrage der Militär-Regierung
Stadtwerke Bielefeld.

Hauszinssteuer-Hypotheken

für Wohnungsinstandsetzungen.

Die Provinzial-Regierung hat unterm 25. Juni 1946 „Bestimmungen über die Verwendung der Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken für Wiederaufbauten und Instandsetzungen von Wohnungen" erlassen. Danach können Hausbesitzer, die nicht in der Lage sind, aus eigenen oder aus Mitteln des privaten Kapitalmarktes (Sparkassen) die Wiederaufbau- und Instandsetzungskosten bei über 25 Prozent zerstörten Häusern aufzubringen, Hauszinssteuerhypotheken in Höhe von 1500 RM je Wohnung, in besonderen Fällen von 2000 RM je Wohnung beantragen.

Die Kosten des Wiederaufbaues oder der Instandsetzung dürfen je Wohnung 4000 RM nicht übersteigen. Die bauwirtschaftliche Genehmigung auf Grund der vorläufigen Bauwirtschaftsanordnung vom 28. 3. 46 und die Genehmigung des Bauaufsichtsamts muß nachgewiesen werden.

Anträge sind im Rathaus, Zimmer 26, einzureichen. Dort sind Antragsvordrucke zu haben und können die näheren Bestimmungen eingesehen werden.

Stadt Bielefeld — Finanzverwaltungsamt.

Verglasung der Wohnhäuser

Dem städtischen Baulenkungsamt sind auf Grund wiederholter Verhandlungen zur Beseitigung der Glasschäden in den am stärksten betroffenen Stadtgebieten Kontingente für Wohnungsglas freigegeben. Es werden daher ab 1. 8. 1946 diese festgestellten Hauptschadensgebiete durch besondere Einsatztrupps verglast. Die jeweils vorgesehenen Straßenzüge, die endgültig verglast werden sollen, werden in den Tageszeitungen von Fall zu Fall bekanntgegeben. Es wird daher gebeten, alle sonstigen Anträge auf Zuteilung von Glas zu unterlassen.

Stadt Bielefeld — Stadtbauamt.

Kriegsschädenamt

Für die Bearbeitung der Kriegssachschäden-Anträge sind in der Zeit vom 5. 8. bis 10. 8. 1946 folgende Straßen vorgesehen:

1. **Polizei-Revier:** Melanchthonstraße, Meller Straße.
2. **Polizei-Revier:** Hermann-Delius-Straße, Hudeweg.
3. **Polizei-Revier:** Heimweg, Hellweg.
4. **Polizei-Revier:** Friedhofstraße, 55er-Straße.

Die Anlieger der aufgerufenen Straßen werden gebeten, zu dem auf der Vorladungskarte angegebenen Termin während der Vormittags-Sprechstunden pünktlich zu erscheinen. Im übrigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur Geschädigte abgefertigt werden können, die im Besitze einer Vorladungskarte sind.

Stadt Bielefeld — Feststellungsbehörde.

Ausgabe der vorbestellten Gemüsekonserven

Die vor einiger Zeit von der bezugsberechtigten Bevölkerung der Stadt Bielefeld vorbestellten Gemüse-Konserven werden in diesen Tagen dem Kleinhandel ausgeliefert. Sobald die Kleinverteiler im Besitz der Gemüse-Konserven sind, haben sie die Ausgabe an die Bezugsberechtigten zu veranlassen und den Beginn der Ausgabe durch entsprechenden Hinweis am und im Geschäftslokal bekanntzugeben.

Die Ausgabe der Gemüse-Konserven erfolgt auf den Stammabschnitt der alten Obst- und Gemüsekarten, an denen bei der Vorbestellung der Abschnitt 610 b abgetrennt wurde. Die Kleinverteiler haben bei Ausgabe der Gemüse-Konserven den Stammabschnitt einzuziehen und die eingezogenen Abschnitte nach Beendigung der Ausgabe der Abrechnungsstelle des Ernährungsamtes zum Zwecke der Abrechnung gebündelt zu übergeben. Ueber etwaige Restbestände wird besonders verfügt.

Bielefeld, 25. Juli 1946.

Stadt Bielefeld — Ernährungsamt Abt. B.

Das sind die Ergebnisse einer Reihe von Untersuchungen, zu denen das Untersuchungsamt folgendes schreibt:

„Auf Veranlassung von Herrn Oberstadtdirektor Dr. Vincke übersende ich in der Anlage eine Aufstellung über die Untersuchungsergebnisse hinsichtlich Fett- und Fleischgehalt von Essenproben, die in verschiedenen Gaststätten Bielefelds entnommen worden sind. Die Probeentnahmen werden weiter fortgesetzt.

Bis auf wenige Ausnahmen enthalten die Speisen nicht die der Fettmarkenabgabe entsprechende Fettmenge. Der Besucher von Gaststätten wird auf diese Weise um einen erheblichen Teil seiner spärlichen Fettration gebracht, während

die Wirte Fettüberschüsse haben

müssen, die — je nach der Besucherzahl der Gaststätte — auf einige oder viele Dutzende von Pfunden im Monat zu schätzen sind. Wir hier im Amt sind uns klar darüber, daß bei dem küchenmäßigen Betrieb es meist kaum möglich ist, die dem Gast zustehende Fettmenge auf einige Gramme einzuhalten, bei suppenartigen Gerichten läßt sich das Fett auch nicht absolut gleichmäßig verteilen. Wenn aber wirklich die den Marken entsprechenden Fettmengen stets angewandt würden, müßte gelegentlich auch einmal ein Plus an Fett sich feststellen lassen. Ein solches ist aber auch nicht in einem einzigen Falle ermittelt worden. In den krassesten Fällen liegt unbedingt

der Tatbestand des Betruges

vor, ich habe bisher davon abgesehen, der hiesigen Lebensmittelpolizei die Weitergabe dieser Fälle an die Staatsanwaltschaft vorzuschlagen. Eine Warnung aller Gaststätteninhaber müßte nunmehr unbedingt erfolgen, durch die Presse — oder wie Herr Oberstadtdirektor Dr. Vincke empfahl — in der Ratsversammlung."

Zu den Befunden ist noch zu bemerken, daß die analytische Bestimmung des Fettes an und für sich keine Schwierigkeiten macht, daß aber zur Errechnung der wirklich zugesetzten Fettmenge auch der natürliche Fettgehalt der anderen Bestandteile, insbesondere von Nährmitteln, Hülsenfrüchten und Fleisch berücksichtigt werden muß. Da dieser Schwankungen unterliegt, können nur Durchschnittswerte zugrundegelegt werden. Wir rechnen aber stets eher zugunsten der betr. Gaststätte als umgekehrt. Bei der

Beurteilung der abgegebenen Fleischmenge

muß in Betracht gezogen werden, daß bei Frischfleisch eine Knochenbeilage mit in Kauf genommen werden muß, ferner treten bei der küchenmäßigen Zubereitung von Fleisch (Knochen oder Braten) erhebliche Gewichtsverluste auf, da dabei das Fleisch Wasser verliert. Deshalb kann im allgemeinen kaum mehr als die Hälfte an zubereitetem, knochenfreiem Fleisch erwartet werden wie der Markenabgabe entspricht.

Wir müssen uns darüber klar werden, was geschehen soll.

Ratsherr Möhle stellt die Frage, ob bei der Untersuchung des Fettgehalts auch berücksichtigt wurde, daß das verwendete Fett keinen 100prozentigen Fettgehalt aufweist, worauf der Sachverständige des Untersuchungsamtes antwortet, daß dies selbstverständlich geschehen sei, ebenso sei der Schwund beim Fleisch berücksichtigt worden.

Ratsherr Groß: In Kriegszeiten ist es üblich, Verbrecher am Volk besonders hart zu strafen, wir haben keinen Krieg mehr, aber auch noch keinen Frieden. Wir haben eine Notzeit. Wenn es Geschäftsleute gibt, die eine solche Notzeit zu ihrem persönlichen Vorteil mißbrauchen, so haben wir als Ratsherren die Pflicht, darauf hinzuweisen, welche Geschäftsleute es sind. Ich beantrage, daß in der Presse

die Namen der Geschäftsleute veröffentlicht

werden. Das krasse Verhältnis zeigt, daß hier offensichtlich von den in Frage kommenden Restaurateuren Mißbrauch getrieben wird. Ein zweites Argument, warum wir gezwungen sind, für eine korrekte Veröffentlichung Sorge zu tragen ist, daß, nachdem diese Tatsachen nun bekannt geworden sind, der Eindruck entstehen könnte, daß sämtliche Gaststätten sich solcher Vergehen schuldig machen. Das möchte ich vermeiden, denn es gibt noch ehrliche Geschäftsleute. Wir sind aus diesem Grunde gezwungen, diese betreffenden Geschäftsleute, die sich in solcher Weise am Volke vergangen haben, öffentlich anzugreifen. Was der Oberstaatsanwalt macht, ist gleich.

Ratsherr Möhle: Ich möchte formulieren, daß alle die öffentlich benannt werden, die unter einem gewissen Prozentsatz liegen, in beiden Fällen eine Toleranz von 20 Prozent.

Ratsherrin Dr. Steinbiß schlägt vor, daß vor einer öffentlichen Bekanntgabe erst sämtliche Bielefelder Gaststätten überprüft werden müßten.

Oberbürgermeister Ladebeck teilt mit, daß etwa 12 oder 13 Gaststätten überprüft seien, also somit fast alle Gaststätten.

Ratsherr Böhm: Ich bin durchaus der Meinung, daß derjenige, der das Volk betrügt und die Notzeit ausnutzt, an den Pranger gehört. Ich bin aber dafür, daß man zunächst die zuständige Organisation der Gastwirte hört, um festzustellen, wie das kommt. Ich möchte sagen, soweit die Fleischportionen genannt worden sind, kann von Betrug keine Rede sein. Soweit das Fett in Frage kommt, möchte ich sagen, daß auch bei der Volksküche ein bestimmter Verlust gegenüber den Marken eingetreten ist. Und dann meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, daß Wirte heute vielfach gezwungen sind, markenfreie Gerichte an Flüchtlinge auszugeben. Ich möchte vorschlagen, diese Dinge mit den zuständigen Stellen zu verhandeln und dann die Leute, bei denen offensichtlicher Betrug vorliegt, mit den stärksten Mitteln anzugreifen.

Oberbürgermeister Ladebeck läßt über den Antrag Groß — Veröffentlichung der betreffenden Geschäftsleute — abstimmen. Die Mehrzahl lehnte ab. Zum Antrag Böhm — Ueberweisung an die Verwaltung zur

Prüfung im Einvernehmen mit der Organisation der Gaststätten —

würde ich beantragen, daß zunächst die Stadtverwaltung mit dem Untersuchungsamt und den zuständigen Organisationen der Gastwirte sowie der Gastwirtsgehilfen die Verhandlung aufnimmt, an Ort und Stelle bei diesen Wirten die Prüfung vornimmt und feststellt, warum und weshalb diese Verluste eingetreten sind und wo offensichtlich Betrug oder Bereicherung vorliegt, rücksichtslos vorzugehen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2: Grundstücksaustausch zwischen der Stadt Bielefeld und dem Stadtinspektor i. R. Möller, Paderborner Weg.

Ratsherr Kramer: Es handelt sich um eine kleine Fläche von 25 oder 40 qm. Die Linien sollen begradigt werden, jeder bekommt die gleiche Fläche.

Es erfolgt einstimmige Annahme.

Die Zuweisung von Flüchtlingen

Punkt 3: Antrag des Flüchtlingsausschusses hinsichtlich der Zuweisung von Flüchtlingen.

Ratsherr Poggenklas: Seit einigen Wochen ist der Flüchtlingsausschuß dabei, die Flüchtlinge, die jetzt wieder nach Bielefeld gekommen sind, in Wohnungen und Quartiere unterzubringen, aber leider ist es so, daß mit der Zeit diese Wohnungen und Quartiere, die vom Wohnungsamt zur Verfügung gestellt wurden, überfüllt sind bzw. nicht mehr vorhanden sind. Wir wissen jetzt nicht, wo wir die Flüchtlinge unterbringen sollen. Sie sind bisher noch in den verschiedensten Lägern untergebracht. Hinzu kommt, daß aus der amerikanischen und französischen Zone etwa 53 000 Personen wieder in die britische Zone kommen, dann aber auch, daß diejenigen, die aus Pommern und Ostpreußen nach Dänemark geflüchtet sind, etwa 520 000 Personen, ebenfalls zum größten Teil in die britische Zone hereinkommen. Hinzu kommt, daß nach den letzten Meldungen 120 000 Kriegsgefangene aus Rußland kommen, die z. T. schon in Frankfurt-Oder gelandet sind und teilweise auch in die britische Zone kommen werden. Wir wissen nicht, wie wir die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge in Zukunft handhaben können. Wir sind als Stadtvertretung gezwungen, neue Möglichkeiten zu schaffen. Der Raum, der uns zur Verfügung steht, ist erheblich herabgesetzt von 8,8 qm auf 6,5 qm. Wie die Dinge sich auch gestalten werden, wir müssen für die Flüchtlinge neue Unterkunftsmöglichkeiten schaffen, wenn wir sie nicht in den Lägern lassen wollen.

Ratsherr Bleimund: Am Freitag vor 8 Tagen waren der Stadt-Major und der Vertreter des Wohnungswesens für Minden in der Sitzung des Wohnungsausschusses und erklärten uns, daß wir statt 6,7 qm nach der letzten Wohnraumerfassung nur noch

6 qm pro Kopf der Bevölkerung

in Anspruch nehmen könnten. Danach würden wir noch 14 000 bis 16 000 Flüchtlinge aufnehmen müssen. Wir werden nach neuem Wohnraum suchen müssen und zwar handelt es sich nicht darum, einzelne Wohnräume zu bekommen, sondern darum, Wohnraum zu erfassen, wo wir 2, 3 und 4 Zimmer haben, um die Familien unterzubringen, denn was jetzt an Flüchtlingen noch in den Lägern ist, sind meistens vielköpfige Familien. Wir werden dazu übergehen müssen, den Wohnraum in Bielefeld erneut zu überprüfen.

Ratsherr Lemmer: Ich würde vorschlagen, daß wir als Ratsherren-Kollegium doch versuchen, auf jede mögliche Weise es fertig zu bekommen, daß kein neuer Flüchtlingsstrom nach Bielefeld kommt. Wenn man die Orte in den ländlichen Bezirken vergleicht, muß man feststellen, daß

unsere Stadt vollgepfropft ist bis zum letzten.

Es gibt ganze Landstriche, wo jede Familie noch ein Wohnzimmer hat. Es wäre interessant, festzustellen, nach welchen Maßstäben die Zuweisungen der Flüchtlinge erfolgen, ob das willkürlich geschieht, oder ob ein fester Plan für die Provinz vorliegt. Wenn das letztere der Fall wäre, dürften nach meiner Meinung nicht solch ungerechte Verteilungen vorkommen.

Was die Unterbringung von weiteren 14 000 bis 16 000 Flüchtlingen betrifft, müssen wir darauf hinweisen, daß das kaum gelingen wird. Wir haben gehört, daß nunmehr weitere Wohnräume für militärische Zwecke beschlagnahmt werden sollen. Wie groß die Zahl der noch zu beschlagnahmenden Wohnungen sein wird, steht noch nicht fest. Wir werden auch da mit Ueberraschungen rechnen müssen, denn dann müssen auch wieder Flüchtlinge, die dort untergebracht sind, die Wohnungen verlassen. Das ist eine Lage, die wir uns ernstlich überlegen müssen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Bezüglich der Gleichmäßigkeit der Verteilung in der Provinz vermag ich Ihnen eine Aufklärung zu geben: Es fand hier in unserem Hause eine Sitzung sämtlicher Leiter der Flüchtlingsämter der Stadt- und Landkreise des Regierungsbezirks Minden statt. Auf die Frage, nach welchen Grundsätzen die Flüchtlinge verteilt worden seien innerhalb der Regierungsbezirke in der Provinz Westfalen, war keine klare Antwort zu erhalten. Darauf war Herr Oberregierungsrat Schneck von der Regierung Minden nach Münster gefahren, um die Unterlagen zu sehen und zu prüfen, ob der Regierungsbezirk Minden dabei gerecht behandelt worden sei. An der Sitzung nahm auch der Leiter des Landesflüchtlingsamtes teil, also der bei der Provinz verantwortliche Dezernent. Oberregierungsrat Schneck erklärte, daß er in Münster nicht die geringsten Unterlagen über

die Verteilung der Flüchtlinge in der Provinz Westfalen

hätte bekommen können. Darauf habe ich den Leiter des Landesflüchtlingsamtes gebeten, in Münster zu bestellen, wenn man sich um Jubiläumsurkunden für Arbeiter, Angestellte und Beamte kümmert, hätte man anscheinend keine Zeit, sich um die Verteilung der Flüchtlinge zu kümmern. Im Regierungsbezirk Minden darf man annehmen, daß die Verteilung einigermaßen gleichmäßig erfolgt ist.

Ich bin der Ueberzeugung, daß der Flüchtlingsausschuß recht hat, wenn er beantragt, daß wir hier in der Stadtvertretung einen Beschluß fassen, daß die Aufnahme weiterer Flüchtlinge angesichts der Tatsache, daß wir nun auch Raum für englische Dienststellen und Familien zur Verfügung stellen, nicht mehr möglich ist. Ich befürchte, daß wir damit auf den Satz von etwa 6 qm kommen werden. Auf der anderen Seite muß sich die Bevölkerung der Stadt Bielefeld jetzt darüber klar werden, daß die Grundsätze, die wir in einer unserer ersten Sitzungen beschlossen haben, keinesfalls mehr aufrecht erhalten werden können. Wir haben damals gesagt, daß den einzelnen Personen als Höchstmaß 12 qm Wohnraum zugebilligt werden können. Das hat die Bevölkerung vielfach so aufgefaßt, daß sie einen Anspruch auf 12 qm hat. Der Anspruch besteht heute nur noch auf 6qm. Das ist der Richtsatz, der bei Prüfungen zu Grunde gelegt werden kann.

Wir werden nicht umhin können, dem Antrag des Wohnungsausschusses seine Berechtigung zuzubilligen, daß bei einer nunmehr zu erfolgenden Prüfung dahingehend gearbeitet wird, daß nicht einzelne Räume gefunden werden, sondern daß

Wohnungen geschaffen werden,

und nach dem Gesetz 18, das der alliierte Kontrollrat später als unseren eigenen Beschluß herausgebracht hat, ist es die Aufgabe der Wohnungsausschüsse der Stadt, solche Möglichkeiten zu schaffen. Wenn eine Familie in einer Wohnung von 4 Räumen wohnt, der an sich nur 3 Räume zugebilligt werden, muß in diese größere Wohnung eine größere Familie eingewiesen werden, falls man andere Unterbringungsmöglichkeiten nicht findet.

Ratsherr Möhle: Zur Verteilung der Flüchtlinge möchte ich sagen, daß der Regierungsbezirk Arnsberg weniger Flüchtlinge bekommt als die übrigen Bezirke, wegen der besonders stark ausgebombten Städte Hagen, Bochum usw. Das wirkt sich auf die Landkreise Siegen, Meschede so aus, daß sie vor 2 Monaten ihre Flüchtlinge restlos in Baracken untergebracht haben, ein Zustand, der völlig untragbar ist. Ich bin der Auffassung, daß man alles tun muß, die Flüchtlinge unterzubringen. Ich bin nicht sicher, daß die statistischen Unterlagen, die zur Errechnung der gleichmäßigen Verteilung geführt haben, für das ganze Gebiet gelten. Ich bin aber sicher, daß

andere Kreise anders gerechnet haben

als wir und daß manchmal nur sehr scheinbare Besserstellungen gegenüber anderen Kreisen vorgelegen haben, so daß wir m. E. den Beschluß fassen müssen, die Militärregierung zu bitten, daß keine weiteren Flüchtlinge zugewiesen werden. Wir müssen ferner beantragen, daß uns mehr Baugenehmigungen für Häuser, die in halbzerstörtem Zustande immer weiter zerfallen, erteilt werden, damit wir zusätzliche Wohnungen schaffen können.

Ratsherr Krull wies darauf hin, daß auf dem Lande noch große Wohnungen bereitständen, in denen noch Flüchtlinge untergebracht werden könnten. Es bestände die Möglichkeit, in verschiedenen Häusern 4, 5, ja bis 10 Personen unterzubringen, aber wenn die Möglichkeit besteht, besteht der Wille dieser Klasse nicht. Sie lehnen es ab und weisen die Flüchtlinge raus, auch die Prüfer. Es müßte möglich sein, daß die Polizei in solchen Fällen einschritte, zumal diese Leute letzten Endes zum großen Teil Schuld an diesen Verhältnissen tragen. Was die General-Straßenverkehrsdirektion betrifft, so hätte es möglich sein müssen, daß diese sich inzwischen soviel Baracken geschaffen hätte, wie nötig waren.

Ratsherr Kralemann: Das Flüchtlingsproblem ist eins der traurigsten Kapitel. Ich halte es mit Herrn Lemmer, daß wir das größte Gewicht darauf legen müssen, einen weiteren Flüchtlingsstrom abzuhalten. Ich komme nun noch einmal auf das Problem zurück, was wir zurückgestellt haben: Ich habe an den Besichtigungen der Objekte teilgenommen, die evtl. für die Straßenverkehrsdirektion in Frage kommen. Ich habe festgestellt, daß diese Herren für sich gut zu sorgen verstehen. Wir fuhren in einem alten Klapperkasten von der Stadtverwaltung, von diesen Herren fuhr jeder in einem Privatwagen. Es ist in Bielefeld nicht unbekannt, daß diese Herren sich viele Wagen an Land gezogen haben. Ich meine, wenn diese Herren über einen derartigen Einfluß verfügen, wäre es auch möglich gewesen, sich

Baracken zu beschaffen.

Ich darf daran erinnern, daß auch das Wohnungsamt in einem großen Saal untergebracht ist, so daß nicht einmal der Leiter einen separaten Raum für seine Verhandlungen zur Verfügung hat. Ich glaube, wenn diese Herren etwas bescheidener wären, brauchten sie nicht auf Wohnraum zurückgreifen. Ich bin von verschiedenen Bewohnern der Stadt aufgesucht worden, die sich durch große Opfer und Mühe ihre Wohnungen, die zerstört waren, wieder fertig gemacht haben und alles Mögliche geopfert haben, die nun aus ihren Wohnungen wieder heraus sollen. Ich bin der Meinung, hier müssen wir einmal sagen: Bis hierher und nicht weiter. Schließlich hängt die ganze Flüchtlingsangelegenheit mit dieser Sache zusammen. Wir muten es den Bielefelder Bürgern zu, daß sie auf 6 qm zusammengedrängt werden, und hier ist es vielleicht so, daß es sich um einen Raum von 20 qm handelt, in dem ein Herr sitzt, im Vorzimmer sitzt dann noch eine Dame, so daß dann also

für zwei Angestellte 40 qm Raum zur Verfügung

gestellt werden müssen. Ich bin der Meinung, daß sich diese Herren bescheiden müssen. Was mit dem Flüchtlingsproblem geschehen soll, weiß ich nicht. Ich möchte die Ratsherren bitten, sich einzusetzen, hier Abhilfe zu schaffen und uns zu unterstützen. Es kann nicht angehen, wenn z. B. Herr Direktor O. in der Dornberger Straße zunächst die Prüfer ganz brüsk abweist, und zwar durch seinen Sohn, der nicht einmal nachgewiesen hat, daß er in Bielefeld Wohnberechtigung hat. Wir haben ihm zugemutet, daß er auf sein Ankleidezimmer und Musikzimmer verzichten und eine siebenköpfige Familie aufnehmen sollte. Es war eine Familie, die zu ihm paßte, eine Akademikerfamilie. Er hat daraufhin Einspruch bei der Regierung erhoben und der Wohnungsoffizier Walker hat gesagt: Ich bin sehr ärgerlich, Sie haben sieben Personen eingewiesen, da könnten dreißig Personen eingewiesen werden, zusätzlich. Man kann uns nicht vorwerfen, daß wir rigoros vorgehen, aber etwas mehr Einsicht von diesen Kreisen und dieses Problem wäre wesentlich besser zu lösen. Wir müssen versuchen, weitere Flüchtlingsströme fernzuhalten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich bei dem letzten Zug in der Hauptsache nur um Flüchtlinge aus ländlichen Kreisen handelt, die man doch besser wieder in ländliche Bezirke unterbringen sollte.

Ich möchte bitten, alles zu versuchen, um der Straßenverkehrsdirektion klarzumachen, nicht so große Ansprüche zu stellen, und zwar zu versuchen, den Flüchtlingsstrom fernzuhalten.

Ratsherr Heiner wies auf ein ihm erklärtes Bauverfahren hin, nachdem man schnell und mit wenig Mitteln

ausgebrannte Häuser wieder wohnfähig machen

könnte.

Ratsherr Kramer entgegnete darauf, daß er diese Betonasche in der Ausstellung in Arnsberg gesehen habe, die Praxis aber anders aussähe als die Theorie.

Ratsherr Haselhorst: Die englische Dienststelle stellt den Satz auf: Deutsche haben Deutsche unterzubringen. Das ist für uns selbstverständlich. Nach demokratischen Prinzipien und besonders im Interesse der Flüchtlinge bin ich der Meinung, daß, wenn ein Flüchtlingszug hier ankommt, es nicht verhindert werden kann, daß dann die Verteilung als solche eine gerechte werden muß. Es müßte möglich sein, wie bereits von einzelnen Herren angedeutet wurde, Flüchtlinge, die aus ländlichen Gegenden kommen, auch in ländlichen Gegenden unterzubringen. In dieser Sache heißt es nicht Zentralisierung, sondern Dezentralisierung und das ist auch der Sinn des Antrages des Flüchtlingsausschusses mit.

In Sachen der Wohnungsfragen bin ich der Meinung, daß

eine erneute Ueberprüfung des gesamten Wohnraums

nicht stattzufinden braucht, weil bestimmte Teile in der Stadt, besonders im Arbeiterviertel, voll belegt sind. Leider müssen wir noch einmal eine erneute Erfassung des Wohnraums vornehmen, weil dieser nach dem Wohnraumbeschluß erfaßte Raum erschöpft ist. Es muß neuer Wohnraum beschafft werden, nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für solche, die aus ihren Wohnungen ausgewiesen werden. Die Militärregierung und der Wohnungsoffizier sind voll und ganz im Bilde, wie es um die Wohnverhältnisse steht. Wir haben dieserhalb auch die Forderung an den Wohnungsausschuß gestellt, mit dem Hinweis darauf, daß das vom Kontrollrat geschaffene Gesetz Nr. 18 dazu genügend Handhabe bietet. Wir im Wohnungsausschuß haben nach dem Ergebnis der Gesamtprüfungsaktion festgestellt, daß

der einfache Mann seine Pflicht vollkommen getan

hat. Anders liegt es bei verschiedenen Teilen, die wohnlich besser gestellt waren. Ich möchte diejenigen warnen, die bei der erneuten Erfassung sich immer wieder sträuben, daß es dazu kommen muß, eine höhere Stelle der Militärregierung einzuschalten.

Ratsherrin Triem richtet einen Appell an die Bevölkerung, daß alle die, die verschont sind, ihre Bereitwilligkeit zeigen müssen und unterstützt den Antrag Lemmer, daß alles versucht werden muß, neue Flüchtlingsströme abzuhalten.

Oberbürgermeister Ladebeck beantragt folgenden Beschluß: „Die Stadtverwaltung hält den verfügbaren Wohnraum für erschöpft, so daß weitere Flüchtlinge in Bielefeld nicht aufgenommen werden können."

Ratsherr Groß gibt folgenden Antrag bekannt: Die Ratsherren-Versammlung vom 24. Juli kommt nach eingehender Aussprache zu dem einmütigen Beschluß, daß 1. gefordert werden muß, daß die Planung der Flüchtlingsunterbringung in Westfalen veröffentlicht werden sollte, damit für jedermann die Gesamtsituation überprüft werden kann; 2. Bielefeld hat keine Möglichkeit mehr, nennenswerte Gruppen von Flüchtlingen aufzunehmen, da einmal zusätzlicher Wohnraum benötigt wird für die Besatzungsmacht und zweitens die vielfältigen zentralen deutschen Behörden sehr viel Wohnraum benötigen. Wir bitten daher um Nachprüfung der Gesamtsituation, um Bielefeld von weiteren Flüchtlingsströmen zu befreien. Außerdem geben wir die Anregung, aus ländlichen Gebieten kommende Flüchtlinge in ländliche Kreise unterzubringen.

Ratsherr Jokusch: Ich glaube, daß der Punkt 1 des Antrages des Herrn Groß ohne weiteres angenommen werden kann. Bezüglich des 2. Punktes möchte ich sagen, daß ich den des Herrn Oberbürgermeisters für besser halte. Ich habe zwei weitere Anträge zu stellen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt: 1. bei der Militärregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Räumung beschlagnahmter Wohnungen erst dann durchgeführt wird, wenn das Wohnungsamt mitteilt, daß die Bewohner anderweitig untergebracht sind, 2. bei allen übergeordneten Behörden dahin zu wirken, daß in Zukunft keine weiteren Behörden nach Bielefeld verlegt werden.

Ratsherr Groß ist bereit, auf den Punkt 2 zu verzichten.

Ratsherr Lemmer schlägt vor, daß beide Anträge zu einem Antrag zusammengefaßt werden.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich schlage folgendes vor:

1. Um den weiteren Flüchtlingsstrom für Bielefeld abzuwehren, den wir tatsächlich nicht unterbringen können, das dürfen wir aus tiefstem Ernst sagen, erklärt die Stadtvertretung: Die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Bielefeld ist nicht mehr möglich.

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme.

2. Die Provinzialregierung und der Provinziallandtag werden aufgefordert, über die bisher erfolgte Verteilung eingehend in der Oeffentlichkeit Bericht zu erstatten, um der gesamten Einwohnerschaft die Möglichkeit zu geben, die Verteilung der Flüchtlinge zu prüfen.

Dieser Punkt wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich bitte, die Anregung von Ratsherrn Groß fallen zu lassen, aus ländlichen Gebieten kommende Flüchtlinge in ländliche Kreise unterzubringen, da diese Angelegenheit bereits bearbeitet wird. (Ratsherr Groß verzichtet.)

Zum Antrag des Ratsherrn Jockusch: Punkt 1 und 2 des Antrages werden einstimmig angenommen.

Ratsherr Huber bat um Auskunft, in welcher Weise

die Belegung von Wohnungen durch die Militärregierung

geschieht, vor allem, ob die Militärregierung sich die Wohnungen aussucht, oder ob diese von der Stadt vorgeschlagen werden.

Oberbürgermeister Ladebeck antwortet hierauf, daß in den meisten Fällen sich die Militärregierung die Wohnungen aussucht und nur in einzelnen Fällen die Stadtverwaltung befragt wird.

Die Baukontrollen

Punkt 14: Antrag des Bauausschusses über Baukontrollen.

Ratsherr Bollbrinker: Die vorhergegangenen Debatten, soweit sie die Beschlagnahme neuen Wohnraumes betreffen, lassen erkennen, in welch gewaltigem Maße die Gestellung neuen Wohnraumes dringend erforderlich ist. Der Antrag des Bauausschusses zur beschleunigten Instandsetzung der leicht- (bis zu 35 Prozent) beschädigten Wohnhäuser und zum Ausbau von Dachgeschossen, Bodenkammern und Abstellräumen liegt Ihnen vor. Der Antrag lautet wie folgt: „Zur Kontrolle der durchgeführten oder noch durchzuführenden Arbeiten bei genehmigten Bauvorhaben sollen die Ratsherren in Zusammenarbeit mit den Bezirksarchitekten alle in ihrem Wohnbezirke vorgetragenen Beschwerden der Bauherren oder Nutzungsberechtigten überprüfen. Die Bezirksarchitekten, Bauunternehmer und Bauhandwerker sind verpflichtet: 1. diese vordringlichen Arbeiten in ihrem Bezirke zunächst durchzuführen, insbesondere 2. alle geringen Schäden an Häusern und Wohnräumen sofort zu beseitigen, um eine alsbaldige Nutzung zu erreichen. Zu diesem Zwecke werden in jedem Bezirke Reparaturkolonnen zusammengestellt bzw. einzelne Betriebe mit der Ausführung dieser Arbeiten beauftragt. In bestimmten Zeitabständen tritt ein Wechsel dieser Reparaturkolonnen bzw. Betriebe nach einem vom Stadtbauamte aufgestellten Arbeitsplane ein. Die Bauwirtschaftsstelle hat im Einvernehmen mit der Militärregierung für diese vordringlichen Arbeiten besondere Baustellenkontingente zur Verfügung zu stellen."

Der vorliegende Antrag basiert auf den verschiedensten Maßnahmen, die wir einerseits in der Stadtvertretung selbst, z. T. im Bauausschuß beschlossen haben. Im vorigen Jahr wurde ein Teil der Häuser erfreulicherweise durch Selbsthilfe der Bevölkerung in größerem Maße wieder hergestellt. Das später einsetzende Sofortprogramm schuf weitere Möglichkeiten, neue Wohnräume wieder herzustellen. Der Antrag, den Ratsherr Buddeberg am 28. 3. 46 gestellt hat und der unterstrichen wurde durch einen Antrag des Bauausschusses vom 12. 4. 46, schafft weitere Möglichkeiten, bescheidene Wohnräume wieder herzustellen. Bei all diesen Maßnahmen handelt es sich weitgehend um kleinere Schäden, deren Behebung dazu geführt hat, daß

in Bielefeld 5000 Wohnungen wieder bezugsfertig

geworden sind. Es ist ein erhebliches Maß von Arbeit notwendig gewesen, um dies zu ermöglichen. Wenn wir darüber hinaus neuen Wohnraum stellen müssen, denken wir vom Bauausschuß daran, die leicht- bzw. mittelschwerbeschädigten Wohnräume nun erst vordringlich wieder herstellen zu lassen. Es hat keinen Zweck, nun alle möglichen Bauanträge zu bewilligen, weil wir immer wieder bedenken müssen, daß die Fertigstellung abhängig ist einmal von der uns zur Verfügung stehenden Materialmenge, z. T. daß der Arbeitseinsatz dabei eine große Rolle spielt. Ebenso spielen eine große Rolle auch die Anordnungen der Militärregierung, die uns allerhand Einschränkungen auferlegt hat. Wir müssen trotzdem etwas tun. Wir müssen für die evakuierten Bielefelder, die zurückkehren sollen, Wohnraum haben, wir brauchen Wohnraum, um die Flüchtlinge unterzubringen und wir brauchen ferner Wohnraum, um die zusammengepferchten Menschen in den beschlagnahmten Wohnungen verteilen zu können. Es haben sich Mißstände herausgestellt, die untragbar sind.

Wir müssen uns jetzt mit der Frage der Gewinnung neuen Wohnraumes ernstlich befassen. Wir sind zu der Auffassung gekommen, daß wir zunächst dem geringer beschädigten Wohnraum bis zu 35 Prozent fördernd gegenübertreten müssen. Wir können das tun, weil uns von seiten der Militärregierung hierfür

besondere Baukontingente zur Verfügung

gestellt worden sind.

Wir haben bei den verschiedensten Kontrollfahrten, die wir durchgeführt hatten, immer wieder festgestellt, daß eine Anzahl von Wohnungen in den verschiedensten Stadtvierteln soweit wieder hergestellt ist, daß es nur darauf ankommt, die sogenannten Schönheitsreparaturen zu veranlassen. Oft sind nur 1 oder 2 Wohnungen ausgebaut, weiter ist nichts geschehen, wegen Mangel an Material und weil keine Handwerker da sind. Wir müssen Mittel und Wege finden, die Säumigen darauf hinzuweisen, daß sie die Räume so schnell wie möglich wieder instand zu setzen haben. Zu diesen Verpflichteten gehört der Bauherr, gehört auch der Besitzer, auch die früheren Inhaber der Wohnungen gehören dazu. Wenn ich eingangs schon sagte, daß ein Teil der Bevölkerung aus eigener Initiative heraus den Mut gefaßt hat, ihre Wohnung wieder herzustellen, dann sollte man auch erwarten, daß alle in gleicher Verantwortung und Einsatzfreudigkeit sich der Neugewinnung von Wohnungen zuwenden. Leider ist es nicht immer so.

Wir wollen zur Mitarbeit aufrufen, die Bauwirtschaft, das Baunebengewerbe, die Bezirksarchitekten und wollen die Ratsherren einschalten und sie bitten, daß sie sich einsetzen, daß wir neuen Wohnraum schaffen können, um die Bevölkerung unterzubringen. Darüber hinaus denke ich daran, daß alle in der Wohlfahrtspflege freiwillig Tätigen sich einschalten und den Bezirksarchitekten bzw. den Ratsherren mitteilen, daß da oder da noch Wohnraum mit verhältnismäßig geringen Mitteln ausgebessert werden kann und die Möglichkeit gegeben ist, die Wohnungen schnellstens fertig zu machen. Durch diese Meldung soll erreicht werden, daß wir auf diese Häuser hingewiesen werden und daß wir dann veranlassen können, daß die von uns eingesetzten Reparaturkolonnen einspringen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einiges zu der

Gesamtlage auf dem Baumarkt

allgemein sagen. Heute ist der Standpunkt vertreten, als ob auf dem Baumarkt alles anarchistisch wäre und daß jeder innerhalb dieses gesetzlosen Zustandes tun könne, was er wolle. Die Baupolizei besteht nicht mehr im früheren Sinne. Die Meinung der Bevölkerung und derjenigen insbesondere, die irgendwelche Bauvorhaben

Lebensmittelzuteilung in der 91. Zuteilungsperiode

Aufrufplan für die 2. Woche vom 29. Juli bis 4. August 1946 (Mengen in Gramm)

Lebensmittelkarten für		Brot								Nährmittel					
		Gesamt-Ration in der 91. Z.-P.	Aufruf-Ration in der 2. Woche	Aufrufabschnitte					Rest-Ration	Gesamt-Ration in der 91. Z.-P.	Aufruf-Ration in der 2. Woche	Aufrufabschnitte			Rest-Ration
				Klein-abschnitte II	Groß-abschnitte F	Verschied. Großabschnitte Nr. oder Buchstabe	Menge	Brot für Kartoff.				Kleinabschnitte St	N	Groß-abschnitte	
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Erwachsene	11. 21. 31	7000	150 g	10×50	1000		—	—	3500	1000	—	*4×25	*6×25	—	750
Jugendliche	12. 22. 32	10000	250 g	10×50	1000	B	1000	—	5000	2000	—	*4×25	*6×25	—	1500
Kinder	13. 23. 33	7500	150 g	10×50	§1000		—	—	4000	2000	—	*4×25	*6×25	—	1500
Kleinkinder	14. 24. 34	5500	150 g	10×50	§1000		—	—	3000	1250	—	*4×25	*6×25	—	1000
Kleinstkinder	15. 25. 35	4500	150 g	10×50	§1000		—	—	2000	1500	—	*4×25	*6×25	—	1250
Säuglinge	16. 26. 36	2000	50 g	—	—	II	o500	—	1000	1500	25 g	*(4×25)	*(6×25)	N3 250	750
Vollselbstversorg. üb. 6 J.	41	—	—	—	—		—	—	—	250	25 g	*4×25	*6×25	—	—
unter 6 Jahre	44	—	—	—	—		—	—	—	250	25 g	*4×25	*6×25	—	—
Selbstversorgerbrotk.	46	10000	250 g	10×50	1000	B	1000	—	5000	—	—	—	—	—	—
Arbeiterzusatzkarte	Z 60	1600	400 g	8×50	—		—	—	800	—	—	—	—	—	—
Erg.-K. f. Schwerarb.	S 66	400	100 g	2×50	—		—	—	200	1500	375 g	—	II 5×25	N II 250	750
Erg.-K. f. Schwerstarb.	Sst 67	3000	750 g	5×50	—	M	500	—	1500	1500	375 g	—	II 5×25	N II 250	750
Erg.-K. f. Teil-Schwerarb.	Ts 68	1000	400 g	8×50	—		—	—	500	750	—	—	5×25	—	375
Ber.-Karte f. Mütter	70	3000	500 g	10×50	—		—	—	1500	1500	—	*4×25	*6×25	—	1250

§ 750 g Dauerbackwaren. o 375 g Kindergetreidenährmittel. * Diese Abschnitte sind vom 1. Tage ab in der ganzen ZP. gültig!
Die Abschnitte der Lebensmittelkarten haben erst ab Sonnabend der Vorwoche Gültigkeit.

Nachträglicher Aufruf von Nährmittelabschnitten der 90. Zuteilungsperiode

Nährmittel	Erwachsene 11 21 31	Jugendliche 12 22 32	Kinder 13 23 33	Kleinkinder 14 24 34	Kleinstkir.d. 15 25 35	Mütter 70	Wert g	
M	11 21 31	12 22 32	13 23 33		15 25 35	70	250	M
O*)	11 21 31	12 22 32	13 23 33	14 24 34	15 25 35	70	500	O
P		12 22 31	13 23 33	14 24 34	15 25 35	70	500	P

*) Soweit nicht bereits Speisekartoffeln oder Nährmittel geliefert sind.

1. Brot. Auf die Kleinabschnitte über Brot soll bei Vorratslage Weißbrot abgegeben werden.

2. Dauerbackwaren. Kinder, Kleinkinder und Kleinstkinder (Lebensmittelkarten 13, 14, 15, — 23, 24, 25, — 33, 34, 35) können auf den Abschnitt F an Stelle von 1000 g Brot 750 g Dauerbackwaren erhalten.

Das Verhältnis von Brot zu Dauerbackwaren wird somit geändert und zwar 375 g Dauerbackwaren für 500 g Brot.

Auf die Kleinabschnitte über Brot dürfen Dauerbackwaren nicht abgegeben werden.

3. Kindergetreidenährmittel. Säuglinge (Lebensmittelkarten 16, 26, 36) erhalten auf den 500-g-Abschnitt über Brot (II) der 2. Woche 375 g Kindergetreidenährmittel.

4. Nährmittel. Auf die Abschnitte über Nährmittel darf Brot nicht geliefert werden.

5. Sojafabrikate. Die Abschnitte St 3 und St 4 aller Lebensmittelkarten der 89. Zuteilungsperiode, von denen auf die zusammenhängenden Abschnitte 3 und 4 45 g Sojafabrikate abgegeben werden sollten, haben auch in der 91. Zuteilungsperiode noch Gültigkeit.

6. Butter. Mit Rücksicht auf die Senkung der Butterration mußten sämtliche Groß- und Kleinabschnitte über Butter für ungültig erklärt werden. Dagegen werden die Großabschnitte über Fett mit Butter beliefert.

Außerdem sind die Abschnitte N 4, N 6, N 8 sowie die Stammabschnitte zur Belieferung mit Butter herangezogen worden.

Das Nähere bringt der untenstehende Aufrufplan.

7. Käse. Auf den Abschnitt über Käse der Lebensmittelkarten 11 bis 13, 21—23, 31—33 und 41 darf 62,5 g Käse, auch Sauermichkäse oder 125 g Quark geliefert werden.

Auf den Abschnitt 915 dürfen 125 g Speisequark abgegeben werden.

8. Gültigkeit der Nährmittelabschnitte der 89. und 90. Zuteilungsperiode. Die Abschnitte aller Lebensmittelkarten der 89. und 90. Zuteilungsperiode, auf die Nährmittel aufgerufen sind, behalten ihre Gültigkeit bis zur Belieferung.

Zur Belieferung mit Nährmitteln werden noch folgende Abschnitte der Lebensmittelkarten der 90. Zuteilungsperiode aufgerufen:

veranstaltet werden. Die privaten Kunsthandlungen müssen sich — für jedermann unverständlich — auch als solche bezeichnen (Kunsthandlung mit Namensangabe). Die von ihnen veranstalteten Ausstellungen dürfen nicht einen Universalnamen tragen, der nur zu leicht zu Irrtümern und Verwechselungen Veranlassung gibt, sondern müssen unter Angabe der Namen der ausstellenden Künstler und der Art der von ihnen gezeigten Werke als Veranstaltung einer privaten Kunsthandlung deutlich zu erkennen sein.

Ich halte diese Klarstellung für notwendig, um auch auf dem Gebiete der Werbung für die Kunst alles das zu vermeiden, was der gemeinsamen Arbeit von Stadt und privatem Kunsthandel abträglich sein könnte. Nun wird uns aber neben dem ernsthaften und echten künstlerischen Schaffen zur Zeit mancherlei gezeigt, was mit wahrer Kunst herzlich wenig zu tun hat. In vielen Läden häufen sich

„Kunstwerke" fraglichster Art,

fraglich in ihrem künstlerischen Wert und noch fraglicher hinsichtlich der geforderten Preise. Es ist daher verständlich, daß immer wieder die Frage gestellt wird, ob so etwas nicht verhindert werden kann. Gegen unzulässige Preisforderungen gibt es gesetzliche Handhaben, gegen die Ausstellung und den Verkauf künstlerisch minderwertiger Erzeugnisse aber leider nicht. Hier kann nur der gesunde Sinn und das richtige Empfinden der Bevölkerung für künstlerisch Wertvolles oder Minderwertiges eine Aenderung herbeiführen.

Ueber die rechtliche Sachlage und etwa mögliche Maßnahmen zur Beseitigung der bis zu einem gewissen Grade aus der Not des Tages geborenen Auswüchse möchte ich mich hier nicht weiter verbreiten, dieses vielmehr einer besonderen Berichterstattung vorbehalten.

Entschließung zur Ernährungslage

Punkt 6: Ernährungslage:

Oberbürgermeister Ladebeck: Hier handelt es sich um einen Antrag, der ursprünglich von Frau Dr. Steinbiß eingebracht worden ist, aber gleich mit der Bitte, daß dieser Antrag nicht als ihr Antrag und auch nicht als Antrag einer Partei oder irgendeiner Gruppe erscheinen soll, sondern sie wünscht, daß der Antrag als Antrag des Hauptausschusses kommt nicht in der unbedingten Formulierung, wie sie ihn vorgelegt hat. Wir haben uns im Hauptausschuß mit dem Antrag befaßt und die Verwaltung beauftragt, einen Text fertigzustellen, der hier der Stadtvertretung vorgelegt werden soll als Entschließung des Hauptausschusses.

Der Oberbürgermeister verliest diese Entschließung.

Die **Ratsherren Schreck** und **Groß** wünschen eine knappere und präzisere Formulierung, die von den Fraktionsvorsitzenden neu verfaßt werden soll. Es werden vorgeschlagen die Herren Schreck, Landmeyer, Jagenburg, Groß, Möhle. Nach Beratung dieser Herren wurde folgende neue Form vorgeschlagen:

„Die Bielefelder Bevölkerung ist in schwerer Sorge über die Folgen der neuen Kürzung der Fettration. Schon die bisherigen Zuteilungsmengen reichten nicht, um den Energieverbrauch für Arbeitsleistung zu erneuern. Immer häufiger treten Hungererscheinungen mit nachhaltigen Gesundheitsschädigungen auf. Die Abwehrkräfte des Körpers gegen Infektionen schwinden; die Anfälligkeit wächst. Die Volksgesundheit ist in ernster Gefahr. Mit den neuerdings gekürzten Fettmengen kann in naher Zukunft weder körperliche noch geistige Arbeit verrichtet werden, um so weniger, als die Energiereserven erschöpft sind. Der jetzt noch vorhandene Leistungswille kann nicht mehr zu nützlicher Tat werden. Auch er schrumpft zu dumpfer Resignation oder flackert kurz auf zu einer letzten Verzweiflungstat.

Eine Wirtschaftsordnung, die den Arbeitswilligen nicht mehr die leibliche Existenz der Familie gewährleistet, vernichtet die Achtung vor den Gesetzen. An ihrer Stelle droht anarchistische Selbsthilfe. Ein hungerndes und verhungerndes Volk ist jeglicher Erziehung zur Demokratie unzugänglich und treibt die Jugend zur Verzweiflung.

Wer sich ernstlich bemüht, der Bevölkerung unserer Stadt den Weg zur wirtschaftlichen und kulturellen Gesundung durch demokratische Selbstregierung zu ebnen, muß unseres Erachtens dafür eintreten, daß durch vermehrte Einfuhr von Fett und anderen wichtigen Nahrungsmitteln die Voraussetzung geschaffen wird für die willige und dauernde Gewöhnung des deutschen Volkes an eine demokratische Lebensführung. Voraussetzung ist dafür mit: erhöhte Gütererzeugung und Warenexport."

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme der neuen Fassung.

Preisprüfung und -Kontrolle

Punkt 7: Antrag des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes bezüglich Preisprüfung und Preiskontrolle.

Oberbürgermeister Ladebeck: Der Antrag ist in der letzten Sitzung hier eingegangen. Er lautet folgendermaßen:

„Die Verhältnisse auf dem Gebiete der Preisgestaltung haben in der letzten Zeit Formen angenommen, die es den breiten Schichten der Lohnarbeiter und Gehaltsempfänger kaum noch möglich machen, die notwendigen Mengen an Lebensmitteln kaufen zu können. Besonders gilt das, soweit die Versorgung mit Frühgemüse in Frage kommt. Zum andern ist es die Frage der Verteilung, die zu ernsthaften Beschwerden Veranlassung gibt. Die Gewerkschaften als gleichzeitig stärkste Organisation der Verbraucher sehen sich deshalb aus der Sorge um die Erhaltung der Kaufkraft gezwungen, einen besonderen Ausschuß ins Leben zu rufen, der die Aufgabe haben soll, auf dem Gebiete der Preisprüfung und Preiskontrolle tätig zu sein und um den vorhandenen behördlichen Apparat unterstützend zur Seite zu stehen. Der Ortsausschuß des FDGB. richtet deshalb an die Stadtverwaltung den Antrag, diesen von den Gewerkschaften ordnungsgemäß eingesetzten Ausschuß mit den entsprechenden Vollmachten auszustatten und ihm so die Möglichkeit zu geben, seine Aufgabe auf dem Gebiete der Erfassung, Sicherstellung und Preisgestaltung der für die Ernährung wichtigsten Güter zu erfüllen."

Ratsherr Jostes: Die Entschließung beweist, daß heute alle Fragen eng mit der Ernährung zusammenhängen. Wir sind uns klar darüber, daß die Aufgaben, die bereits in Bielefeld durch die Bildung eines sogenannten Kontrollausschusses in Angriff genommen werden, sich nicht beschränken können, sondern daß es notwendig ist, daß diese ganze Frage wirkungsvoll in Angriff genommen wird. In diesem Zusammenhang kann ich sagen, daß zweifellos die Bildung des Ausschusses sich nicht auf Bielefeld beschränken wird, sondern auch der Regierungspräsident sich mit den verschiedensten Stellen in Verbindung gesetzt hat und zum Ausdruck brachte, daß auch die Regierung damit einverstanden ist, solche Ausschüsse zu bilden. Es ist gesagt worden, daß

die Aufgabe dieser Ausschüsse

sein muß, die verschiedensten Aufgabengebiete richtig zu erfassen, der Ausschuß hat die Aufgabe, bei der Frage der Erfassung beim Erzeuger zu beginnen, um zu erreichen, daß wir zu einem größeren Ablieferungssoll kommen. Wir sind dabei der Auffassung, daß keine Zustände eintreten dürfen, wie sie sich als Gefahrenmoment schon heute zeigen, das heißt, daß auf dem Wege der Selbsthilfe dem Bauern genommen wird, was er sonst abgegeben hätte. Die Frage des Eigentums muß auch für den Bauern unter allen Umständen Gültigkeit haben; denn nur dann ist die Frage der Ablieferung gewährleistet. Wir sind der Auffassung, daß auch hier die Landwirtschaft mehr tun kann. Es ist vorgekommen, daß ein Beamter mir erzählte, daß er Entlastungszeuge spielen müsse in einer Angelegenheit des Schwarzschlachtens. Bei diesem Bauern habe er feststellen können, daß dieser weit über 100 Prozent seines Abgabesolls erfüllt habe gegenüber den übrigen Landwirten. Ich unterstreiche diese Tatsache, aus der eindeutig hervorgeht, daß tatsächlich die Landwirte nicht

---

beantragt haben, ist so, daß sie glauben, alles tun zu können, weil die Baupolizei nicht mehr da ist. Die Baupolizei existiert in der Form nicht mehr. Wir haben es heute mit einer Bauaufsicht zu tun, die die gleichen Aufgaben hat, wie früher die Baupolizei und es darf keinen Menschen in Bielefeld geben, der sogenannte wilde Bauvorhaben in Angriff nimmt. Wir werden gezwungen sein, diese begonnenen Bauarbeiten einstellen bzw. abbrechen zu lassen, zu Gunsten der vordringlichen Bauvorhaben.

Die sogenannten Bausünder

mögen sich gesagt sein lassen, daß der Bauausschuß und die Bauverwaltung nach wie vor die Bauanträge prüfen muß nach den gesetzlichen Bestimmungen der baupolizeilichen Verordnungen. Wenn wir von dieser Stelle aus die Bezirksarchitekten, die Ratsherren und die ehrenamtlichen Helfer der Wohlfahrtspflege und die gesamte Bevölkerung aufrufen, uns zu unterstützen, werden wir langsam aber sicher den Zustand der Planlosigkeit überwinden.

Darüber hinaus möchte ich appellieren im Sinne des Ratsherrn Böhm, der sagt, wir müssen auch den Behörden einmal sagen, daß

übertriebene Ansprüche unterbleiben müssen,

da wir ein armes Volk geworden sind. Ich hoffe, daß der von mir vorgetragene Antrag dazu beiträgt, gewisse Erleichterungen in der Wohnraumbewirtschaftung und auf dem Wohnungsmarkt selbst bringen wird.

Ratsherr Kramer: Ich möchte den Antrag des Ratsherrn Bollbrinker im Auftrage des Bauausschusses meinerseits unterstützen. Es ist Ihnen bekannt, wie schwer es ist, heute Wohnraum zu schaffen, da wir nicht nur daran leiden, daß Baumaterial fehlt, sondern daß auch ein erheblicher Arbeitskräftemangel besteht. So fehlen besonders Dachdecker, da dieser Berufszweig besonders schwach besetzt ist. Es fehlen Arbeiter und es fehlen auch Dachziegel. Ich weiß, daß von der Ziegelei Hagemann alles getan wird, um zu helfen. Genau so ist es mit den Ziegelsteinen. Das Hartsteinwerk Brackwede hat mir bestätigt, daß heute nur 25 000—28 000 Steine statt 120 000 in normalen Zeiten, geliefert werden können, weil die Kohle fehlt. Auch bei Holz ist die Versorgung sehr schwierig. Wir müssen versuchen, daß das besser wird. Wir brauchen Kohle, um Ziegel zu bekommen, wir brauchen Holz. Bei dieser Gelegenheit ist es auch vielleicht interessant zu hören, daß

zwei Betonwerke im Entstehen

sind, das ist die Columbus-Gesellschaft und zum anderen Heining, die sich auf dem Panzerwerk in Oldentrup eingerichtet hat. Beide Werke leiden ebenfalls an Arbeitermangel. Diese Dinge sind so schwierig, daß es nicht leicht ist, voranzukommen. Wir müssen alles versuchen, daß der Baumarkt wieder in Gang kommt, daß leichtbeschädigte Wohnungen instandgesetzt und darüber hinaus Geschäftsräume in Ordnung gebracht werden, daß die Leute wieder eine Existenz bekommen, auch Fabrikräume, wenn nicht für gewerbliche Zwecke, dann zu Massenquartieren oder Büroräume. Auch in der Innenstadt gibt es große Häuser, die aber heute nicht erfaßt werden dürfen, weil sie mehr als 35 Prozent beschädigt sind. Der Antrag vom Bauausschuß läuft daraufhin aus, daß die Ratsherren eingeschaltet werden. All diese Dinge müssen betrieben werden, dann können wir eine ganze Menge Wohnraum schaffen.

Ratsherr Buddeberg: Der heute eingebrachte Antrag von Herrn Ratsherrn Bollbrinker ist in gewisser Hinsicht eine Ergänzung meines Antrages vom März und des Antrages des Bauausschusses. Diese beiden Anträge sind praktisch deswegen nicht zur Auswirkung gekommen, weil inzwischen die neue Bauwirtschaftsanordnung Platz griff und da Bestimmungen enthalten waren, die eine Verwirklichung dieser Anträge wenigstens zur damaligen Zeit nicht möglich gemacht haben, und nur dann ermöglicht wird, wenn Ausnahmen von dieser Bauwirtschaftsanordnung gemacht werden. Da

Bielefeld zum Bauschwerpunkt erklärt

ist, dürfte es möglich sein, diese Ausnahme von der Bauwirtschaftsanordnung zu bekommen. Ich bin der Ueberzeugung, daß die verstärkte Nachfrage nach Wohnungen nicht durch Zusammendrängen, durch Erfassungen und alle sonstigen Maßnahmen, sondern nur durch ein vorhandenes Angebot an Wohnraum befriedigt werden kann. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als in verstärktem Maße die beschädigten Wohnhäuser wieder herzustellen und evtl. einem Wohnungsneubau wieder näherzutreten.

Ratsherr Wirth: Die sehr gut durchdachten Ausführungen werden wir wohl alle annehmen. Ich bin aufgefordert worden, dabei mitzuwirken und nenne Ihnen einen Vorschlag. Die Ausstellung in Arnsberg zeigt neue Bauweisen, in ausgezeichneter Form einen ausnehmend schönen Raum. Der größte Raum ist besetzt durch bunte Zeichnungen und Konstruktionen von Bielefeld. Ja, meine Damen und Herren, müssen wir denn nach außerhalb gehen, um unsere Kunst zu zeigen? Warum sehen wir in Bielefeld nichts davon? Zur Wohnraumbeschaffung möchte ich sagen. Ich hatte Gelegenheit, in Hamburg in einem Hotel zu übernachten. Ich darf fragen: Können Sie in Bielefeld in einem Hotel übernachten? In Hamburg-Vahrenholz ist der ehemalige Bunker in ausgezeichneter Weise zu einem Hotel ausgestattet worden.

Ich möchte dem Bauauschuß die Anregung geben, zu überlegen, ob

unser Bunker in der Neustädter Straße

nicht so eingerichtet werden kann, daß er einige hundert Menschen aufnimmt, wenn nicht als Wohnungen durch Einbau von Fenstern, dann ist es vielleicht möglich, einen sehr schönen Hotelbunker zu bauen. Ich glaube, man müßte dieser Frage näher treten, denn wir haben großen Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten für Zureisende.

Ratsherr Buddeberg teilt mit, daß die Arbeiten, die Bielefeld betreffen, erst am Abend vor der Absendung nach Arnsberg fertig geworden sind. Zur zweiten Frage führte er folgendes aus: Die Verwertung der Bunker für diesen Zweck haben wir überlegt. Eine Möglichkeit besteht kaum, da man in die Außenwände keine Fenster anbringen kann. Wir haben zunächst daran gedacht, die Museen oder Büchereien dort unterzubringen, aber in diesen Gebäuden ist infolge Mangel an ausreichender Entlüftung dies nicht möglich. Die Verwertung der Bunker ist deshalb wahrscheinlich nur als Lagerräume möglich und im äußersten Falle vielleicht als Uebernachtungsquartier.

Ratsherr Kramer teilt mit, daß seines Wissens der Stadtheider Bunker schon mit 150 Betten belegt werden sollte, und zwar 50 für die Reichsbahn und 100 für die Oeffentlichkeit.

Ratsherr Wirth regt an, daß man sich den Bunker in Hamburg einmal ansehen solle.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich komme auf den Antrag Bollbrinker zurück. Die Ratsherren sollen in Zusammenarbeit mit den Bezirksarchitekten alle in ihrem Wohnbezirke vorgetragenen Beschwerden der Bauherren oder Nutzungsberechtigten überprüfen. Es muß festgelegt werden, welcher Bezirk von wem vertreten wird.

Ratsherr Bollbrinker teilt mit, daß darüber schon einmal gesprochen worden sei, aber darüber noch keine endgültige Feststellung getroffen wäre. In der nächsten Bauausschuß-Sitzung soll ein diesbezüglicher Plan aufgestellt werden, der im nächsten oder übernächsten Amtlichen Mitteilungsblatt veröffentlicht wird.

Oberbürgermeister Ladebeck schlägt vor, die Bezirkseinteilung gleich mit den Wahlbezirken zu verbinden.

Ratsherr Bollbrinker erwähnt, daß die Bezirke mit den Wahlbezirken übereinstimmen.

Oberbürgermeister Ladebeck läßt über den Antrag Bollbrinker abstimmen, der gegen 1 Stimme angenommen wird. Ich habe noch eine weitere Mitteilung zu machen: Die jeweils vorgesehenen Straßenzüge, die endgültig Haus für Haus verglast werden, werden in der Tageszeitung bekanntgegeben. Es wird gebeten, Anfragen bis auf weiteres zu unterlassen.

Kulturelle Fragen

Punkt 5: Bericht und Anträge des Kulturausschusses.

Ratsherr Buddeberg: In der Sitzung der Stadtvertretung am 29. Mai d. J. habe ich kurz von den Ueberlegungen berichtet, die der Kulturausschuß angestellt hat, um dem städtischen Kunsthause zu neuem Leben zu verhelfen und die wertvollen Sammlungen unserer städtischen Museen, Büchereien und Archive zu erhalten und der Bevölkerung wieder zugänglich zu machen. Der Kulturausschuß hat sich in der Zwischenzeit ernstlich bemüht, für die augenblicklich völlig unzulänglich untergebrachten Sammlungen und Büchereien andere Räumlichkeiten ausfindig zu machen. Diese Bemühungen haben bislang nur sehr bescheidenen Erfolg gehabt, müssen aber allen Schwierigkeiten zum Trotz fortgesetzt werden, um zu verhindern, daß Schäden und Verluste eintreten, für die uns die Mit- und Nachwelt mit Recht verantwortlich machen könnte. Meine Bitte geht daher an alle Damen und Herren der Stadtvertretung, diese Arbeit zu unterstützen, da es der gemeinsamen Anstrengung bedarf, um Erfolg zu haben. Ich möchte an dieser Stelle aber auch denjenigen amtlich und ehrenamtlich tätigen Herren sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung aussprechen, die pflichtbewußt und aus Liebe zur Sache ihr Möglichstes getan haben und tun, das ihnen anvertraute künsterische und wissenschaftliche Gut zu sichten, zu pflegen und, soweit es unter den beschränkten Verhältnissen durchführbar ist, in neuer Ordnung der Allgemeinheit wieder zur Verfügung zu stellen.

Am weitesten vorgeschritten sind

die Arbeiten zur Neuordnung der Büchereien,

der Heimatbücherei mit dem Stadtarchiv und der Westermann-Sammlung, sowie der Stadtbücherei. Die Heimatbücherei hat einen Umfang, der weit über das hinausgeht, was der Name besagt. Sie ist praktisch schon jetzt eine Landesbücherei, der um so größere Bedeutung zukommt, als nach den schweren Verlusten, die andere große Städte der Provinz, vor allem Dortmund und Münster erlitten haben, die Bielefelder Bücherei fast die einzige in Westfalen ist, die für wissenschaftliche Arbeiten und geschichtliche Forschungen noch die erforderlichen Unterlagen zu bieten vermag.

Aber auch die Büchereien verursachen Unkosten und erfordern, da die Einnahmen aus ihrer Inanspruchnahme, sofern überhaupt erzielbar, nur ganz gering sein können, nun einmal geldliche Beihilfen, die früher kein allzu großes Kopfzerbrechen verursachten, heute aber bei der starken Zusammenstreichung der öffentlichen Ausgaben von den bisherigen Unterhaltsträgern allein nicht geleistet werden können. Das trifft auch für die Heimatbücherei zu. In Erkenntnis und Würdigung ihrer Bedeutung über die Grenzen der Stadt Bielefeld hinaus, hat der Herr Landeshauptmann — zunächst für das Jahr 1946 — einen Zuschuß von 3000 RM. gewährt und wird seine Unterstützung zweifellos auch fernerhin nicht versagen.

Der Historische Verein, der durch Uebergabe seiner Vereinsbücherei, seiner Akten und Urkunden an die Stadt Bielefeld die Grundlage zur Heimatbücherei vor nunmehr 50 Jahren legte und von der Stadt die Zusage einer ordnungsmäßigen Verwaltung und eines weiteren Ausbaues erhielt, hat es an ideeller und materieller Hilfe auch nicht fehlen lassen.

Der Kulturausschuß ist nun der Ansicht, daß diese Bücherei die ihr gestellten Aufgaben auch weiterhin erfüllen muß und die hierfür erforderlichen Mittel aufgebracht werden können. Er hat deswegen einstimmig beschlossen, Ihnen vorzuschlagen:

1. an die benachbarten Kreise Bielefeld, Herford, Halle, Lübbecke und Wiedenbrück, die an dieser Bücherei in erster Linie mitinteressiert sind, mit der Bitte um Leistung eines Beitrages heranzutreten und ein entsprechendes Schreiben an sie zu richten;

2. zum Zeichen dessen, daß die Bücherei nicht nur der Stadt Bielefeld, sondern dem ganzen Ravensberger Lande dienen will, der vom Herrn Landeshauptmann gegebenen Anregung zu entsprechen und die Bielefelder Heimatbücherei in

„Ravensberger Landesbücherei Bielefeld"

umzubenennen.

Ich bitte, über diesen Antrag abzustimmen.

Ratsherr Jostes macht die Vorschläge, zu Ehren von Käthe Kollwitz und Gerhart Hauptmann würdige Straßen in Bielefeld umzubenennen.

Oberbürgermeister Ladebeck richtet die Frage an Herrn Jostes, ob diese Anregung als Antrag des Kulturausschusses zu werten ist, und bittet bei dieser Gelegenheit nochmals, die Anträge vorher einzureichen.

Danach erfolgt Abstimmung über den Antrag des Ratsherrn Buddeberg Punkt 1 betreffed Bitte um Leistung eines Beitrages wird einstimmig angenommen.

Ratsherr Groß: Zum Punkt 2 möchte ich sagen, daß wir uns im Augenblick im Umbruch befinden und noch gar nicht wissen, wo das Ravensberger Land bleiben wird. Vielleicht kann es sogar historisch gut sein, wenn an eine solche Bücherei der Name des Ravensberger Landes geknüpft bleibt. Es kommt gar nicht darauf an, sich jetzt schon festzulegen. Ueber die Frage der Namensgebung läßt sich später immer noch sprechen. Das gleiche möchte ich auch zur Anregung des Ratsherrn Jostes sagen. Ich würde auch hier bitten, die Sache zurückzustellen. Der Punkt 2 des Antrages des Ratsherrn Buddeberg wird zurückgezogen, auch Herr Jostes zieht seinen Antrag zurück.

Ratsherr Buddeberg: Das städtische Kunsthaus hat praktisch seine Arbeit wieder aufgenommen und in Verbindung mit dem Bielefelder Kunstverein zunächst die Ausstellung der „Westfälischen Sezession 1945" in der Rudolf-Oetker-Halle veranstaltet, wo zur Zeit der wesentlichste Teil des künstlerischen Lebenswerkes von „Käthe Kollwitz" gezeigt wird. Damit ist die öffentliche Kunstpflege wieder sichtbar in Erscheinung getreten. Durch Ausstellungen Bielefelder Kunsthandlungen erfährt sie die wünschenswerte und notwendige Ergänzung. Ich möchte aber doch nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß

die Bezeichnung „Kunsthaus"

hier in Bielefeld wie auch in anderen Städten der öffentlichen Kunstpflegestätte vorbehalten bleiben muß, und „Bielefelder Kunstausstellungen" nur von ihr

so angefaßt werden, daß es möglich sein muß, auch das Erzeugersoll herauszustellen. Da, glaube ich, könnte solch ein Ausschuß außerordentlich wirksam arbeiten und seine Arbeit darin sehen, auf dem Wege einer vernünftigen Verständigung und Organisierung und Planung des Ganzen

mit Bauern und Landwirten zusamen zu arbeiten.

Das ist das eine. Zum 2. muß es darauf ankommen, daß die Weiterleitung an die einzelnen Verteilungsstellen, Bezirksverteilungsstellen korrekt vor sich geht, daß vor allen Dingen von dort aus eine klare und übersichtliche Verteilung erfolgt. Der jetzt schon ins Leben gerufene Ausschuß hat sich bemüht, diese Frage zu prüfen und zu lösen, und daß er auch heute auf volles Verständnis bei allen Kreisen, ob es sich um die Erzeuger, die Ernährungsämter, d. h. die amtlichen Stellen, oder die Händler handelt, stößt und heute schon eine gute Zusammenarbeit festzustellen ist.

Die 3. Frage wird zweifellos die sein, die Lebensmittel, und vor allen Dingen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, in

einer möglichst gerechten Form an den Verbraucher

heranzubringen. Das Schlangenstehen ist der Beweis dafür, daß das Gefühl der Sicherheit nicht vorhanden ist und daß dadurch Zustände entstehen, die dahin führen, daß weite Kreise der Frauen, besonders der werktätigen, nicht in der Lage sind, an die zur Verteilung kommenden Lebensmittel heranzukommen. Das ist eine Tatsache, die nicht nur überprüft, sondern weiter untersucht werden muß. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß auch dieser Ausschuß auf dem Gebiete der Preisprüfung und Preiskontrolle tätig sein muß. Die Hausfrauen wissen, daß es unmöglich ist, bei solchen Preisen die notwendigen Lebensmittel kaufen zu können. Deshalb spielt

die Frage der Preisfestsetzung und Preiskontrolle eine nicht untergeordnete Rolle.

Die sogenannte Preisschraube steht in keinem Verhältnis zur Lohngestaltung und führt zu einem absoluten Herabsinken des Lebensstandartes. Nach statistischen Unterlagen wurden 1932 in einem Haushalt für Lebensmittel und ähnliche Erzeugnisse 49 Prozent der Gesamteinahmen ausgegeben. Z. Zt. sind es mindestens 80 Prozent. Dabei will ich noch darauf hinweisen, daß das Einkommen des Arbeiters heute um 42 Prozent gesunken ist durch die steuerliche Belastung usw. Wir haben uns gestattet, Ihnen eine Entschließung vorzulegen, um in dieser noch einmal die Gedankengänge zum Ausdruck zu bringen. In dieser

Entschließung

heißt es:

„Die gegenwärtige Ernährungskrise macht die restliche Erfassung vor allem unserer eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und deren gerechte Verteilung an die Bevölkerung zu einer Lebensfrage. Deshalb betrachtet die Ratsherrenversammlung den von den Gewerkschaften ins Leben gerufenen Kontrollausschuß als ein Instrument, das es den breiten Schichten der Verbraucher ermöglicht, an der Sicherung unserer Ernährung sowie an der Preisüberwachung entscheidend mitzuarbeiten. Es hat sich gezeigt, daß der behördliche Apparat allein dazu nicht ausreicht. Andererseits erscheint es aber notwendig, die Bildung solcher Ausschüsse auf die ganze Zone auszudehnen, da erst dann die Gewähr für einen wirklichen Erfolg gegeben sein dürfte, zum andern aber auch die Kompetenzen und Aufgaben solcher Ausschüsse einheitlich geregelt werden können.

Deshalb sieht die Ratsherrenversammlung die Aufgabe des Ausschusses nicht in erster Linie in Maßnahmen, die der Exekutive obliegen, sondern vor allem in der Fühlungnahme und in Verhandlungen, die er mit den in Frage kommenden Stellen der Erzeuger, der Anlieferungs- und Verteilungsstellen, sowie der Ernährungs- und Preisbehörden zu führen hat. Darüber hinaus hat der Ausschuß geeignete Maßnahmen vorzuschlagen,

eigensüchtigen und unsozialen Elementen,

die eine geordnete Verteilung sabotieren, das Handwerk zu legen. Er hat das Recht, sich von dem Ergebnis solcher, unter seiner Mitwirkung durchgeführten Maßnahmen zu überzeugen. Die Mitglieder des Ausschusses erhalten zur Durchführung ihrer Aufgaben einen von der Stadt ausgestellten Ausweis, ohne den niemand zur Ausübung einer Funktion berechtigt ist."

Wir sind uns darüber klar, daß die Arbeit des Ausschusses notwendig ist zur Sicherung der Ernährung unseres Volkes.

Ich bitte Sie, dieser Entschließung Ihre Zustimmung zu geben, weil wir der Auffassung sind, daß die Ernährungsfrage die wichtigste Frage ist, die die Voraussetzung dafür biete, daß wir in Deutschland wieder zum wirtschaftlichen Aufstieg, zur Selbständigkeit kommen und dadurch erreichen, daß wir nicht länger und nicht ewig Wohlfahrtsempfänger der anderen Völker zu sein brauchen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich muß wohl einige sachliche Aufklärungen zu diesen Dingen geben: Zunächst müßte in dem Antrag klar festgelegt werden, welche Rechte und Pflichten diesem Ausschuß übertragen werden sollen, damit wir wissen, was wir beschließen. Das Zonenwirtschaftsamt oder Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone wird in Kürze, wie mir bekannt ist, Ausschüsse fordern, die die Preisüberwachung beratend oder unterstützend übernehmen. In welcher Form, ist mir nicht bekannt. Die Anweisungen sollen bereits an die Prov.-Reg. unterwegs sein. Bezüglich der Preisüberwachung ist aber von der obersten Stelle, dem Zentralamt der Wirtschaft, das auch mit der Gewerkschaft verhandelt hat, eine Anweisung herausgegeben, die klar sagt, daß es bei dem Zustand, wie er bisher war, nicht verbleiben kann, sondern dahingehend verschärft wird, daß die Preisüberwachung nicht Aufgabe der Gemeinden ist, sondern staatliche Aufgabe. Die Beamten der Preisüberwachung werden nach der neuen Anordnung sogar nicht einmal Beamte der Stadt Bielefeld bleiben, sondern in den Staatsdienst übernommen werden. Die Funktion der Preisprüfung wird in stärkerem Ausmaße als eine staatliche Angelegenheit betrachtet.

Bezüglich der Ernährung liegen die Dinge ganz besonders schwierig, weil der Ernährungssektor noch mehr herausgenommen ist aus den kommunalen Einrichtungen. Es ist vor kurzem im „Amtlichen Verordnungsblatt der Prov.-Reg." darauf hingewiesen worden, daß

die Zuständigkeit der Ernährungsämter B

beispielsweise nicht klar erkannt wird. Es wird darin mitgeteilt: „Es wird vielfach die Auffassung vertreten, daß die Versorgung eines Gebietes oder einer Stadt davon abhänge, mit welchem Erfolge sich das Ernährungsamt Abt. B um die Erfassung und Heranschaffung von Lebensmitteln bemühe. Tatsächlich sind jedoch die Erfassung der Nahrungsgüter, ihre fabrikatorische Be- und Verarbeitung, die Lenkung der übergebietlichen Zufuhren und der in der Provinz aufgebrachten Lebensmittel Aufgabe zentraler Dienststellen; sie haben die gleichmäßige Versorgung der Gesamtbevölkerung des Gebietes zu veranlassen. Die örtlichen Ernährungsämter Abt. B sind nicht befugt, selbständige Erfassungs- oder Beschaffungsmaßnahmen durchzuführen, ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, die dem Gebiet zugebilligten Lebensmittel nach den Weisungen des Landesernährungsamtes zu verteilen und auszugeben. Diese Weisungen sind jeweils von der Provinzial-Mil.-Regierung genehmigt oder durch Anordnungen des Großen Hauptquartiers der Britischen Rheinarmee veranlaßt. Die Ernährungsämter Abt. B der Stadt- und Landkreise sind bei der Erfüllung ihrer Auftragsangelegenheiten nicht befugt, irgend welche Änderungen ohne Zustimmung dieser Stellen vorzunehmen, weil sonst die einheitliche Versorgung gefährdet würde. Die vernünftige Einsicht in die Richtigkeit und Notwendigkeit dieses Aufbaus unserer Versorgung verbietet es, daß örtliche Stellen in diese Auftragstätigkeit der Ernährungsämter eingreifen. Anregungen und Anträge aller, die ernsthaft an der Verbesserung der Rationierungsmaßnahmen und der Versorgungslage mitwirken wollen, werden jedoch von den Ernährungsämtern und auch vom Landesernährungsamt begrüßt."

Das ist die Sachlage, vor der die Stadtvertretung steht. In dem Organismus der Ernährungsämter A (d. h. Erfassung der Dinge) haben wir keine Eingriffsmöglichkeit. Diese unterliegen ja auch nicht der Stadt. In bezug auf die Verteilung von Nahrungsmitteln hat das Ernährungsamt B. nur die Ausführungen des Landesernährungsamtes duchzuführen. Die Preiskontrolle ist eine staatliche Angelegenheit, die uns als Auftragsangelegenheit überwiesen ist, und auch da werden, wie Sie aus den Anordnungen des Zonenrates für Wirtschaft ersehen, mehr als bisher die staatlichen Aufgaben in den Vordergrund treten und die Gemeinden zurücktreten.

Dem gegenüber würde der Antrag bedeuten, daß wir das Gegenteil tun. Sie müssen in dem Antrag ganz klar sagen, was der Ausschuß tun soll.

Ratsherr Jostes teilt mit, daß dieses aus der Entschließung zu ersehen ist, die eine Ergänzung des Antrages bedeutet.

Ratsherr Böhm: Es steht fest, daß die vorhandenen Kontrollorgane der Stadt und des Staates nicht ausreichen, um diesen gesetzlichen Maßnahmen Geltung zu verschaffen. Wir wünschen, daß die Ratsherren einen Beschluß fassen, daß den von uns benannten Vertretern ein Ausweis ausgestellt wird, der sie ermächtigt, in den Händlergeschäften wie auch bei den Bauern die notwendigen Prüfungen durchzuführen und somit helfend an der Gestaltung der Ernährungslage mitzuwirken. Wir wollen keine Anarchie schaffen. Wir wollen keine Polizei in der Polizei, sondern wir wollen

helfen, einen Notstand zu überwinden.

Wir haben die Anträge zu Dutzenden vorliegen, und wenn der Regierungspräsident aus den Hilfe- und Notrufen, die an ihn gehen, an die Gewerkschaften den Antrag einreicht, mit ihm über Mittel und Wege zu beraten, wie aus diesen Dingen herauszukommen ist, dann können wir dem Herrn Regierungspräsidenten in Minden nichts anderes sagen, als daß wir gewillt sind, mitzuhelfen. Wir als Gewerkschaft haben es uns zur Pflicht gemacht, für Ruhe und Ordnung und soziales Recht zu sorgen, und ich glaube, dieser Antrag ist ein Teil unserer großen Sorgen. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo das letzte Hemd, die letzte Hose und der letzte Bettbezug als Kompensation aufs Land gehen, wo wir es nicht verhindern können, daß in Jöllenbeck ein Gemüsefeld und in Stieghorst ein Kartoffelacker abgeerntet werden.

Wir fühlen uns mit verantwortlich für die

Sicherung der Einbringung der gesamten Ernte.

Wir können sagen: „Diese oder jene Dinge stehen dem entgegen. Vielleicht das formale Recht." In Notzeiten müssen wir gerechte Normen entwickeln, und wenn die hiervon betroffenen Kreise, besonders die Händler, die Vertreter der Bauernschaft und die der Bezirksabgabestelle für Obst und Gemüse, diese Mitwirkung der Gewerkschaft begrüßen und wünschen, dann wünschen sie damit den unlauteren Elementen das Handwerk zu legen und wenn Schlange-Schöningen als verantwortlicher Vertreter für die Ernährung selbst zum Ausdruck bringt, daß 20 Prozent der Bauern ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, dann haben wir als Verbraucher die Pflicht, die restlichen 80 Prozent in Schutz zu nehmen, aber die 20 Prozent der Parasiten mit allen Mitteln zu bekämpfen. Wir wollen nichts weiter als einen Teil der Verantwortung tragen, und zwar gemeinsam mit den Erzeugern, den Händlern, den Verteilern und auch den Verbrauchern. Wir wollen auch nicht, daß die von uns benannten Kontrolleure in den Laden gehen und Einsicht in die Bücher verlangen. Wir wollen, daß über das ganze Stadtgebiet hinweg diese notwendigen Kontrollen eingesetzt werden. Wir wollen also anfangen und versuchen, etwas Praktisches zu tun, dann werden wir feststellen, daß wir nicht im Widerspruch zu den bestehenden Gesetzen handeln.

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Dinge liegen etwas anders, als sie dargestellt sind. Den Ausweis kann nur der Oberstadtdirektor ausstellen. Er darf ihn aber nicht ausstellen. Es hat keinen Zweck, den Beschluß so anzunehmen, wie er gestellt ist. Nur der Regierungspräsident kann z. Zt. dem Oberstadtdirektor als auftragübernehmende Stelle derartige Anweisungen erteilen. Am Freitag ist in Minden eine Sitzung, bei der auch Sie geladen sind. Da werden diese Fragen näher geklärt. Auf Grund des Beschlusses darf der Oberstadtdirektor nicht handeln.

Ratsherr Böhm: Wir tun unsere Pflicht. Was nicht geht, geht nicht.

Ratsherr Lemmer stellt den Antrag, diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich nehme an, daß nach der Tagung in Minden wir sehr schnell zu einer Lösung kommen. Z. Zt. kann der Oberstadtdirektor nicht anders handeln.

Ratsherr Huber: Man würde der Stadtverwaltung einen schlechten Dienst erweisen, wenn der Antrag so angenommen wird. Es wäre richtig, die Hausfrauen zu diesem Ausschuß hinzuzuziehen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Das ist durchaus möglich; denn irgendwas muß auf diesem Gebiete geschehen. Die paar Beamten schaffen die Dinge allein nicht.

Ratsherr Meier wies ebenfalls darauf hin, daß es ihm dringend erforderlich erschiene, daß der Antrag in der vorgebrachten Form angenommen wird.

Ratsherr Landmeyer beantragte Schluß der Debatte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Danach erfolgte Abstimmung des Antrages Jostes, der gegen 7 Stimmen angenommen wurde.

(Ueber die weiteren Verhandlungen berichten wir in der nächsten Ausgabe des Amtlichen Mitteilungsblattes.

Konzert des Kinderchors

Das Konzert des Bielefelder Kinderchors, das am Dienstag, dem 30. Juli, zu Gunsten der Vertriebenen in der Rudolf-Oetker-Halle stattfinden sollte, wird auf Sonntag, den 4. August, 19 Uhr, verschoben. Die bereits gekauften Karten behalten ihre Gültigkeit.

Stadt Bielefeld.

Druck von J. D. Küster Nachf., Bielefeld.

Trocadero
das führende Varieté
Jeden 1. und 16. Programmwechsel
Der Freitag jeder Woche ist reserviert für die Militärregierung.
Vorverkauf: Zigarrenhaus Kleine, Herforder Straße 12 und Theaterkarten-Agentur, Rathausstraße Ecke Schillerplatz.

Universum
Bielefeld-Schildesche
Ein lustiger musikalischer Wien-Film zwischen Stadt und Land:
„So gefällst Du mir"
mit Wolf Albach Retty, Gusti Huber, Jane Tilden, Oskar Sima u. v. a.
Werktags 15.00, 17.00, u. 19.15 Uhr
Sonntags 14, 15.45, 17.30 u. 19.15
Jugendliche nicht zugelassen

Gloria-Theater
Helmholtz-Schule
26. 7. — 1. 8.
Das bezwing. Frauenschicksal mit Herta Feiler, Attila Hörbiger in den Hauptrollen:
„Frau im Strom"
Oskar Sima, Fritz Rasp, Olly Holzmann, Herbert Gernot als weitere Darsteller.
Jugendverbot!
Täglich 14.00 und 16.00 Uhr.

LIDO
Ab heute d. erfolgr. Eis-Revue
Der weiße Traum
Ein Wien-Film mit köstlichen Einfällen, humorv. Situationen, einschmeichelnden Melodien u. vollendeter Eislaufkunst des zweifachen Weltmeisters Karl Schäfer, Hauptdarsteller: Olly Holzmann, Wolf Albach Retty, Lotte Lang, Oskar Sima, Hans Olden u. a.
Spielzeiten: 1.50, 3.45, 5.40 u. 7.35
Jugendl. ü. 14 Jahre zugelassen

H · E · L · I
Heepener Lichtspiele
Tägl. 16.45 u. 19.15 Uhr
sonntgs. 14.30, 16.45 u. 19.15 Uhr
Der spannende Hochgebirgsfilm der Bavaria-Filmkunst
Im Schatten des Berges
m. Attila Hörbiger, Hansi Knotek, Viktoria von Balasko, Winnie Markus, Franziska Kinz, Richard Häussler, u. a. m.
Neue Wochenschau
Jugendliche nicht zugelassen!

Fichtenhof-Lichtspiele
Ziegelstraße, 5 Min. von den Endstationen der Linien 2 u. 5
Vom 26. 7. — 1. 8
Zarah Leander, Attila Hörbiger, Karl Martell, Theo Lingen in
PREMIERE
Das große Filmwerk, d. zugleich Kriminal- und Revuefilm in sensationeller Weise vereint.
Neue Wochenschau
Jugendverbot
Montags bis freitags: 15 u. 19.30
sonnab. u. sonnt. 14.30 17.00 19.30

Unerbittlich griff das Schicksal erneut in unseren Lebenskreis und entriß uns am 24. 7. meinen über alles geliebten Lebenskameraden, unseren herzensguten Vater und Sohn

Peter Hofmann

Im blühenden Alter von 46 Jahren folgte er, aus neuerblühtem Schaffen gerissen, seinem in Gefangenschaft verstorbenen Sohn in die Ewigkeit. In unsagbarem Schmerz: **Frau Auguste Hofmann** geb. Schug, **Sohn Kurt** (z. Zt. in russ. Kriegsgefangenschaft), **Sohn Perry** u. Mutter **Anna Hofmann.** Wir wollen ihn zur letzten Ruhe auf dem Sennefriedhof betten. Die Beerdigung findet statt am 27. 7., 10,10 Uhr von der Kapelle des Sennefriedhofs. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Im gesegneten Alter von fast 84 Jahren nahm Gott der Herr gestern abend unsern lieben, guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, den Techn. Stadtinspektor i. R.

Anton Weber

nach kurzem Krankenlager, versehen mit den Gnadenmitteln unserer hl. Kirche, zu sich in sein himmlisches Reich. Sein Leben, voll treuester Pflichterfüllung, galt Gott und der steten Sorge für die Seinen. Wir bitten um ein frommes Gebet für seine Seelenruhe. In tiefer Trauer: **Franz Weber,** Landesoberinspektor, **Tony Weber,** Lehrerin, **Maria Weber, Maria Weber** geb. Jehle, 3 Enkelkinder: **Margret, Rosemarie** und **Marlies und Anververwandte.** Ennigloh-Ennigloh, Schulstr. 1, Münster, Laerer Landweg 74, Freienohl, Borghorst, Neheim-Hüsten, Cuxhaven, 20. Juli 1946.

GEBURTEN

Gesundes Mädel angekommen. Gisela Stork, geb. Runte. Helmut Stork. Bielefeld, Bielsteinstr. 2b, z. Zt. Klinik Dr. Bleek. 20. Juli 1946.

VERMÄHLUNGEN

Erhard Wendler, Else Wendler, geb. Becher-Hasler. Reutlingen (Wttbg.), Lederstr. 130, Bielefeld, Oberntorwall 3b (Fa. K. Plettenberg), 30. Juli 1946.

VERLOBUNGEN

Margarete Becker, Dr. Egon Drews grüßen als Verlobte. Dornberg. 5. Juli 1946.

GESCHÄFTSANZEIGEN

Unsere verehrten Gäste bitten wir, dafür Verständnis aufzubringen, daß wir durch den Tod meines Mannes unser Konzert-Café bis einschließlich 27. 7. geschlossen halten. Konzert-Café Hofmann, Bielefeld, Bahnhofstraße 20.

Nervenarzt Dr. Ubenauf (früher Hamburg) Praxis zurückverlegt nach Obernstr. 57 (am Kriegerdenkmal Str.-B.-Lin. 1) Sprechst. 10—12. Nachm. n. Vereinbarung.

Ihre Lebensmittel von Timpe Blfd., Jöllenbecker Str. 105.

Hochzeitsgedichte, Tafellieder, Verse f. Freud u. Leid verf. F. Seidel, Schloßhofstr. 5 III. Dienstag u. Donnerstag 17—19 Uhr.

Raucher! Tabakfeind entwöhnt v. all. Verlangen nach Tabakgenuß einfach u. schnell. Viele Anerkennungen. Wicht. Kurschrift u. Kurtabletten RM. 5.— frankofr. Interess. Schrift kostenlos. Nichtraucherdienst Broedling, Scherfede-Westf.

Mercedes Büromaschinen-Pflege durch Spezialmechaniker u. -werkstatt. Kurt Müller, Senne I Nr. 197, Friedrichsdorfer Str. Post Windelsbl.

VERLUSTANZEIGEN

Goldring m. 3 Brillanten am 23. 7. a. d. Wege Schillerstr.—Straßenbahnhaltest. Höhner verloren. Wiederbr. erh. hohe Belohnung. Zänkner, Am Sparenberg 51.

Kinderhalbschuh, braun, am 20. 7. 46. von Oelmühlenstr. b. Ravensberger Str. verl. Gegen gute Belohn. abzugeb. Stöppler. Oelmühlenstr. 101.

SUCHANZEIGEN

Feldpost 24056 B. Kameraden, die Okt. 44 dieser F. P. angehört od. deren Angehörige w. um Adr. gebeten. E. Reitemeier, Bielefeld, Hauptstr. 243.

Obw. Willi Wissemann, Fldp.-Nr. 39 937, letzte Nachr. Febr. 1944, zuletzt bei Winizza, Rußland, Südabschnitt. Nachr. an Frau Carola Wissemann, Mannheim U 6,13.

OFFENE STELLEN

Stenotypistin, perf., v. Wirtschaftsverband gesucht. Engl. Sprachkenntnisse erwünscht. Bewerb. m. Unterl. u. L M 211.

Zeitungsträger(in) sofort ges. Zu melden bei J. D. Küster Nachfolger.

Verkäuferin, tücht., flotte u. zuverl., für mein Lebensmittel-, Obst-, Gemüse- und Fischw.-Geschäft sof. ges. K J 186.

Damenschneiderin (auch Flüchtling), zur selbst. Leitung einer großzügig eingericht., besseren Damen-Mode-Werkstatt bei gutem Gehalt sof. gesucht. Evtl. Wohnungsmöglichkeit. Angeb. unter Nr. 1730 an Werbedienst Gieske, Bielefeld.

STELLENGESUCHE

Achtung! Architekten! Wer stellt jungen Bautechniker ein? Angeb. unter U 1036 an Ann.-Exped. Jak. Vowinckel, Blfld.

Wo fehlt ein Fachmann? Schlesier, Ldw.-Sohn, 37 Jhr., verh., 1 Kd., mittl. Reife, ldw. Seminar u. Forstschule, Betrieb von 560 ha (260 Acker, 300 Wald) selbst. 12 Jhr. geleitet, seit Kriegsende unt. poln. Verwaltg., sucht, weil am 30. 6. 46 ausgewiesen, ähnl. Wirkungskreis. Kaution k. gest. werden. Rothkirch, Bielefeld, Friedhofstr. 12a.

WOHNUNGSGESUCHE u. -ANGEBOTE

Zimmer, möbl. oder unmöbl., Melanchthonstr., gegen Mietberechtigungskarte zu vermiet. Angebote unter M F 227.

Zahnarzt sucht abgeschl. Wohnung, 3—4 Räume u. Küche (evtl. Bad) f. sof. od. spät. i. angen. Wohnlage Beteil. mich auch a. d. Instandsetzung ein. Wohnung. Ang. unt. L S 216.

3-Zimm.-Wohnung, biete abgeschlossene, Westen, suche gleiche Stadtrand od. Umgegend Bielefeld. Ang. unt. J B 157.

Babywäsche u. Windeln geg. Angebote unt. H E 138.

Mansardenzimmer als Schlafstelle Detmolder Str. Nähe Bielsteinstr. möbl. zu vermieten. Angeb. unt. H F 139.

Raum, 20—30 qm, als Werkstatt ges. Ang. u. L O 213.

2—3-Zimmer-Wohnung in od. Umg. Bielefeld ges. Biete 2 Z. Nähe Bad Rothenfelde. Angeb. unt. G P 126.

Wohnungstausch. Biete i. Ost. d. Stadt schöne Dreizimmerwohnung, preisw. Suche gleichwert. i. Ummeln oder Quelle. Angeb. unt. G R 127.

4-Zimm.-Wohn. abgeschl. reichlich Nebengelaß, Gartenland, 41 RM. mon., in Lenzinghausen bei Jöllenbeck. Suche 3-Zimm.-Wohn. i. Stadt- od. Landkreis Bielefeld. Ang. unt. A B 135.

3-Zimmer-Wohn., sonnige mit Küche, Bad u. reichl. Zubehör i. schöner, verkehrsgünst. Lage Blfds. Suche 2—3-Zimmerwohn. mit Bad. Ang. unt. G A 112.

1—2 Zimmer, schöngelegen, leer, je ca. 4×5 m, geg. Mietber.-Karte sof. abzug. Angebote unter G B 113.

Jüngerer Beamter sucht frdl. möbl. evtl. teilmöbl. Zimmer, mögl. i. Osten der Stadt. Ang. unt. H G 140.

Wohnungstausch. Suche, da beinamput., 4 Zimmer, Küche, Bad, Erdgeschoß. Biete das gl. 3. Geschoß. Ang. u. H V 153.

2½-Zimm.-Wohn. in Bremen u. ggf. gute Anstellung. Suche in Bielefeld größ. Wohnung in gut. Hause. Ang. u. Z 32 an Drei Sparren Werbung Kaiserstraße 109.

5 schöne Räume, abgeschl. in Stadtmitte Blfd., suche 4 Räume in Umgebung, Gütersloh, Isselhorst, Halle oder Werther. Angebote unt. J K 165.

3-Zimmer-Wohnung m. Küche od. Küchenbenutz. sow. Keller, i. gut. Hause zu mieten ges. Evtl. können Möbel miet- oder kaufweise übernommen werden. Mietberecht. vorh. Wilh. Rathert (früh. Obernstr. 14) jetzt Bethel, Bethelweg 76.

Ehepaar, ruhig. kinderl. sucht 2 Zimm. u. Kochnische i. West. Biete evtl. 1½ Zimmer i. West. Mietber. vorh. Ang. u. K C 180.

3-Zimmerwohnung m. Bad, Abstellraum u. Balkon. (Neubau i. Osten). Suche Wohnung zum Mietpreis v. 20 bis 30 RM evtl. Kotten. Ang. u. 4946 an Westf. Anz.-Vermittl. Oelmühlenstr. 60.

Zimmer, sonniges, leeres, in guter Wohnlage, an ältere Dame m. Tochter m. Mietk. z. 1. 8. z. verm. Ang. u. L W 220.

3 Räume f. Bürozwecke ca. 60 qm. i. zentr. Lage z. mieten gesucht. Ang. unt. H W 154.

2-Zimmer-Wohnung sucht ält. Ehepaar. Mietber.-K. vorhand. Angeb. unter L H 207.

Tausche 2½-Z.-Wohnung mit Stall u. Land in Heepen; suche 2—3-Z.-Wohnung mit Land in Bielefeld, Stadtrand Ost. Ang. unter L R 215.

Geschäftshaus m. Wohnungen, teilbeschädigt, zu vermieten. Angeb. unt. H O 151.

Möbl. Zimmer f. 2 Herren od. Damen a. Straßenbahn, sof. frei. Angeb. unt. L H 200.

Raum für Lager od. Büro 65 qm groß, in zentr. Lage. mögl. b. Beteilig. z. vermiet. Angeb. unt. Nr. 1794 an Werbedienst Gieske, Rathausstr. 11.

VERSCHIEDENES

Fahrgemeinschaft für einige Stunden in der Woche vom Schlachtermeister ges. M E 226.

Wer übernimmt tägl. Überwachung d. Schularbeiten und Weiterbildung f. Mädchen 10 Jahre u. Junge 14 Jahre, Oberschüler. Ang. unt. G Z 133.

Buchhalter. Wer übernimmt nebenher Buchhaltung nach Kontenrahmen-System? Angeb. unt. G N 124.

Dreh-, Stanz-, Preß- u. Montagearbeiten w. bei Materialanlieferung kurzfristig übernommen. Angeb. unt. G L 122.

Strickarbeiten w. laufend angenommen. Ang. unt. H O 147.

Wo können Küchenabfälle abgeholt werd.? Ang. u. J N 168.

Wo kann Jauche abgeholt werden? Ang. unt. J M 167.

Polstermöbel und Matratzen werden vom Polstermeister neuaufgepolstert. Ang. u. K B 179.

Welche gefühlvolle Familie könnte von Haus u. Hof vertriebenen Ostflüchtlingen z. einem H.-Anzug u. ein. Frauenschürze verhelfen? Ang. u. K E 182.

Wer fertigt einige Wohnzimmermöbel b. Materialgestellung an? Angeb. unt. L C 202.

Klavier aufs Land zu vermieten. Angeb. unt. L D 203.

Herstellerbetrieb übern. Anfertig. u. Umänderung v. Mänteln, Anzügen u. Berufskleidung. Annahmestelle ges. Ang. unt. Z 43 an Drei Sparren Werbung Kaiserstr. 109.

Für Drehbank Arbeit in Holz und Metall ges. L N 212.

Ohne Schneiden, ohne Stechen, Beseitig. v. Tätowierungen, Gesichtswarzen, Leberflecken, Gelbflecken an Augen u. Schmutz i. Narben. J. Brogsitter, Brandenburger Str. 22, Sprechz.: Dienstag u. Donnerstag v. 15—17.

KAUFGESUCHE

Tennisschläger zu kaufen od. tauschen ges. Ang u. K P 192.

Kanonenofen od. Allesbrenner zu kaufen oder tauschen ges. Angeb. unter H N 146.

PKW.-Anhänger bis 20 Ztr. Tragkr., bereift od. unbereift, dringend ges. Lebensmittelhdlg. Bitter, Brackwede, Hauptstr. 187

Herren-Armband-od. Taschenuhr zu kaufen ges., evtl. geg. zeitgem. Artikel zu tauschen. Angeb. unter H P 148.

TAUSCHWUNSCHE

Herrenarmbanduhr u. erstkl. Silberfuchs. Suche: Kleinbildkamera. Angeb. unt. W 1038 an Ann.-Exped. Jak. Vowinckel.

Kaufe opt. Sucher, Kassetten u. Platten für Kamera, 9×12. Biete opt. Belichtungsmesser, Bewio sen., u. Ledertasche für Rollei (6×6). Ang. u. M C 224.

Suche Herrenanzug, Größe 165 cm, Brustweite 100 cm zu kaufen. Biete Chaiselonguedecke, Dublee-Damenuhr, Opernglas, 2 gute Damen-Sommerkleider, 2 gold. Trauringe (Wertausgl.), Lederkoffer. Ang. unt. A H 2887.

Kinderwagen, suche zeitgem. Artikel. Ang. u. A K 2889.

Heller Sommeranzug, hohe Schuhe Gr. 43, Tischlampe, Stoffhund, echtes Fell, Damenbluse, Diplomatentasche. S. Bettwäsche, Haushaltsgeräte, Oberbetten o. Angeb. unter A N 2892.

Leichtmotorrad od. tadelloses Herrenfahrrad gesucht; biete Geflügel. Angeb. unt. G T 129.

Einige Hühner und Junggeflügel zu verk. oder gegen zeitgem. Sachen zu tauschen. Erbitte Ang. unt. G U 130.

Nähmaschine, gut erhalten; suche Damenfahrrad. E H 68.

Wohnzimmerzuglampe, mit Deckenbeleuchtung, u. gr. Seidenschirm. Suche Bollerwagen, 4 Ztr. Tragkr. Ang. u. L G 206.

Rauchtisch, roh, abzugeben; gesucht werden Weckgläser. Angeb. unter F S 106.

Fahrradanhänger, fast neu; suche Motorradanhänger. Ang. unter F R 105.

Cello, gutes; suche Fahrrad od. and. Ang. unt. F H 97.

Sparkochplatte, elektr., neue hohe Schnürschuhe, schwarz, 42/43; erbitte Gegenangebot unter F F 95.

Damenfahrrad, neues; suche Kleiderschrank und Waschkommode oder Frisiertoilette. Angebote unter F E 94.

Sofa; suche Waschmaschine. Angebote unt. F A 90.

Damenrad geg. Ziege, Schaf oder Hühner. Ang. u. E R 83

Schuhmachernähmaschine gegen Herrenbekleid. E P 82.

Gasherd, 3flamm., mit Backofen, geg. Anzugstoff. E G 70.

D.-Sportschuhe, neu, schwarz, Gr. 40; suche Pumps, neu, Gr. 40. Angeb. unt. G G 118.

D.-Sportschuhe (41), suche D.-Pumps (41). Ang. unt. D U 64.

Radio, kl., Allstr., neuwert.; suche Reise- od. and. Schreibmaschine, neuwert. Wertausgl. Angebote unter D S 62.

Schlagzeug; suche neuwert Herren- od. Damenfahrrad. Angebote unter D R 61.

Kochs-Adler-Haushaltsnähmaschine, gut erhalten; suche guterhalt. Damen- od. Herrenfahrrad. Ang. unt. E A 68.

Reiseschreibmaschine; suche elektr. Eisenbahn, Spur 00. Theesener Straße 41a, III.

Gasherd, 2flamm., mit Backröhre, weiß emaill., neuwert. Suche Küchenherd, weiß em., best. Zustand. D L 56.

Briefmarken; suche Bücher. Angebote unter D C 48.

KUNSTHAUS KLEINES KK BIELEFELD
Wildhagen · Bartossek
Kunstausstellung bis 31. 7. 1946
Niedernstraße 43

ODEON
Vom 26. 7. — 1. 8.
Große Lustspielwoche. Wir zeig. das entzückende Ufa-Lustspiel
„Das Hochzeitshotel"
mit Karin Hardt, Renè Deltgen, Walter Janssen, Ernst Waldow, Hans Fidesser. Die amüsanten Abenteuer einer jungen Dame, die als Autorin bekannt. Liebesromane angesehen wird. Dazu die neueste Wochenschau
Täglich 2.30, 5.00. und 7.30 Uhr
Kassenöffnung 1 Uhr, samstags und sonntags 11 Uhr.
Jugendliche nicht zugelassen!

ATLANTIC
Berglust, Bielefeld
Am Sonntag, den 28. Juli 1946, um 16 und 19 Uhr
Großes Varieté-Programm
Einmaliges Sondergastspiel
„Atlantic-Swing-Schau"
(auch vom Garrison-Theater Osnabrück)
Sichern Sie sich rechtzeitig Karten im Vorverkauf:
Elsa-Brändtströmstr. 7


Gute Ratschläge für's Backen!
Bei mir gehen jeden Tag große Mengen von Anfragen nach Backvorschriften ein, die ich nicht alle befriedigen kann, da zur Zeit kein Papier für neue Auflagen zur Verfügung steht. Viele haben aber in den Kriegsjahren ihre Oetker-Rezepte verloren und können nun ohne sie nicht recht fertig werden. Ich werde jetzt in den Zeitungen unter dem Titel „Guter Rat für's Backen" eine Reihe wichtiger Winke für die Hausbäckerei und anschließend zeitgemäße Backrezepte veröffentlichen. Ich rate Ihnen, diese wertvollen Hinweise laufend auszuschneiden und in ein Büchlein einzukleben. Sie haben dann einen gewissen Ersatz für die gewohnten Oetker-Rezepte.
Dr. August Oetker, Bielefeld

Ihr Brillenfachmann
Hastrel
Bielefeld, Schillerplatz
Geschäftszeit: 8—17 Uhr täglich